

2

WASSER- WIRTSCHAFT

2 Wasserwirtschaft

2.1. Facts & Figures

2.1.1. Wasserwirtschaft im Jahr 2011

Im Jahr 2011 fanden insgesamt drei Sitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Wasserwirtschaft unter dem Vorsitz von Landeshauptmann-Stellverteter Franz Hiesl (Oberösterreich) statt.

Insgesamt wurden 2.706 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 136,4 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen in Höhe von 574,9 Mio. Euro vom Umweltminister genehmigt. Gegenüber 2010 sind die eingereichten und genehmigten Förderungsanträge um 230 Stück gesunken, das umweltrelevante Investitionsvolumen blieb fast unverändert, der Gesamtförderungsbarwert nahm um 1 % ab. Der durchschnittliche Förderungssatz über alle Anlagenarten lag 2011 bei 23,7 %, 2010 bei 23,8 %.

Zuordnung der Förderungsmittel auf die einzelnen Anlagenarten 2011

Wasserwirtschaft 2011			in EUR
Förderungsbebereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Abwasserentsorgungsanlagen	947	364.162.249	88.160.799
<i>davon mit Leitungskataster</i>	307	35.895.056	13.576.014
Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	21	1.856.551	556.965
Pauschalierte Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	941	14.076.072	3.467.696
Betriebliche Abwassermaßnahmen	10	4.614.719	1.325.901
Summe Abwasserentsorgung	1.919	384.709.591	93.511.361
Wasserversorgungsanlagen	545	159.227.334	28.751.727
<i>davon mit Leitungskataster</i>	122	12.031.906	5.889.609
Pauschalierte Einzelwasserversorgungsanlagen	170	3.337.269	719.478
Summe Wasserversorgung	715	162.564.603	29.471.205
Kommunal	28	12.395.582	7.437.349
Wettbewerbsteilnehmer	30	11.482.578	2.527.995
Bundeskonsens	8	2.651.712	2.651.712
Summe Gewässerökologie	66	26.529.872	12.617.056
Forschung	6	1.129.818	764.434
Summe	2.706	574.933.884	136.364.056

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012

Tabelle 3

2.1.2. Wasserwirtschaft 1993 bis 2011

Im Zeitraum 1993 bis einschließlich 2011 wurden insgesamt 35.820 Projekte mit Förderungen in Höhe von 4.701,1 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 16.152,3 Mio. Euro von der Kommission positiv beurteilt und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Förderungssatz über alle Maßnahmen liegt für diesen Zeitraum bei 29,1 %.

Die Statistik über die Zuordnung der Förderungen in Tabelle 4 zeigt, dass in der Abwasserentsorgung mehr als 26.000 Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Förderungssatz von 31,3 % gefördert wurden. In der Wasserversorgung erhielten rund 9.500 Projekte eine Förderung. Der Durchschnittsförderungssatz lag in diesen Fällen bei 18,2 %, bei den betrieblichen Abwassermaßnahmen bei 20 %.

Seit 1995 werden auch Forschungsvorhaben in der Wasserwirtschaft gefördert. Der durchschnittliche Förderungssatz für Forschungsvorhaben beträgt 40,3 %.

Förderungen für gewässerökologische Vorhaben wurden erstmals 2009 zugesichert. Der durchschnittliche Förderungssatz liegt hier bei 46,9 %.

Zuordnung der Förderungsmittel auf die einzelnen Anlagenarten zwischen 1993 und 2011

Wasserwirtschaft 1993 bis 2011			in EUR
Förderungsbereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbetrag
Abwasserentsorgungsanlagen	14.636	12.615.237.499	4.010.610.469
Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	732	61.901.137	19.233.742
Pauschalierte Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	10.209	146.767.955	34.026.746
Betriebliche Abwassermaßnahmen	498	414.349.609	82.800.218
Summe Abwasserentsorgung	26.075	13.238.256.200	4.146.671.175
Wasserversorgungsanlagen	6.609	2.763.471.918	495.714.213
Pauschalierte Einzelwasserversorgungsanlagen	2.340	38.593.469	11.901.180
Einzelwasserversorgungsanlagen (ab 1999 pauschaliert)	522	21.887.855	7.278.241
Summe Wasserversorgung	9.471	2.823.953.242	514.893.614
Kommunal	48	26.849.404	15.689.657
Wettbewerbsteilnehmer	48	18.585.065	4.002.518
Bundeskonsens	14	3.003.483	3.003.483
Summe Gewässerökologie	110	48.437.952	22.695.658
Forschung	164	41.684.476	16.790.471
Summe	35.820	16.152.311.870	4.701.050.918

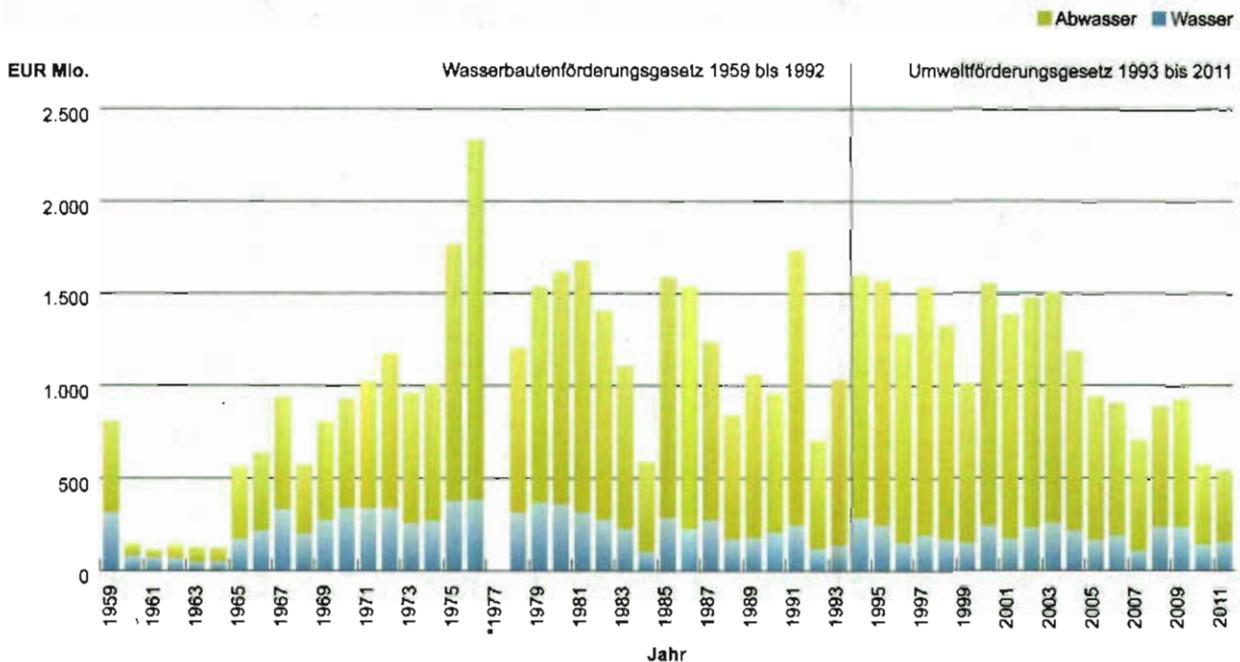
Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2012

Tabelle 4

Zur Veranschaulichung der Entwicklung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zeigt Grafik 1 auch die geförderten Investitionen vor Inkrafttreten des Umweltförderungsgesetzes im Jahr 1993. In der Zeit von 1959 bis 1992 war der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) Träger der Förderungen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG). Mit Inkrafttreten des UFG wurde das Förderungsmodell von der Vergabe niedrig verzinsten Darlehen mit langer Laufzeit auf die Gewährung von Finanzierungszuschüssen umgestellt.

2 Wasserwirtschaft

Übersicht über die geförderten Investitionen zwischen 1959 und 2011



* 1977 fast der Wasserwirtschaftsfonds keine Förderungen zugesichert.

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012



2.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Die Gliederung nach Anlagenarten in Tabelle 3 zeigt, dass die 2011 vergebenen Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft zu 76 % Abwasserentsorgungsprojekten und zu 24 % Wasserversorgungsprojekten zugute kamen.

Kommunale Wasserversorgungsanlagen (WVA) werden seit der Förderungsrichtliniennovelle 2001 mit einem Förderungssatz von 15 % der umweltrelevanten Investitionskosten unterstützt. Seit der Richtliniennovelle 2006 kann bei einer Verbesserung der Einbautenkoordination ein zusätzlicher Pauschalbetrag von zwei Euro je Laufmeter Wasserleitung lukriert werden.

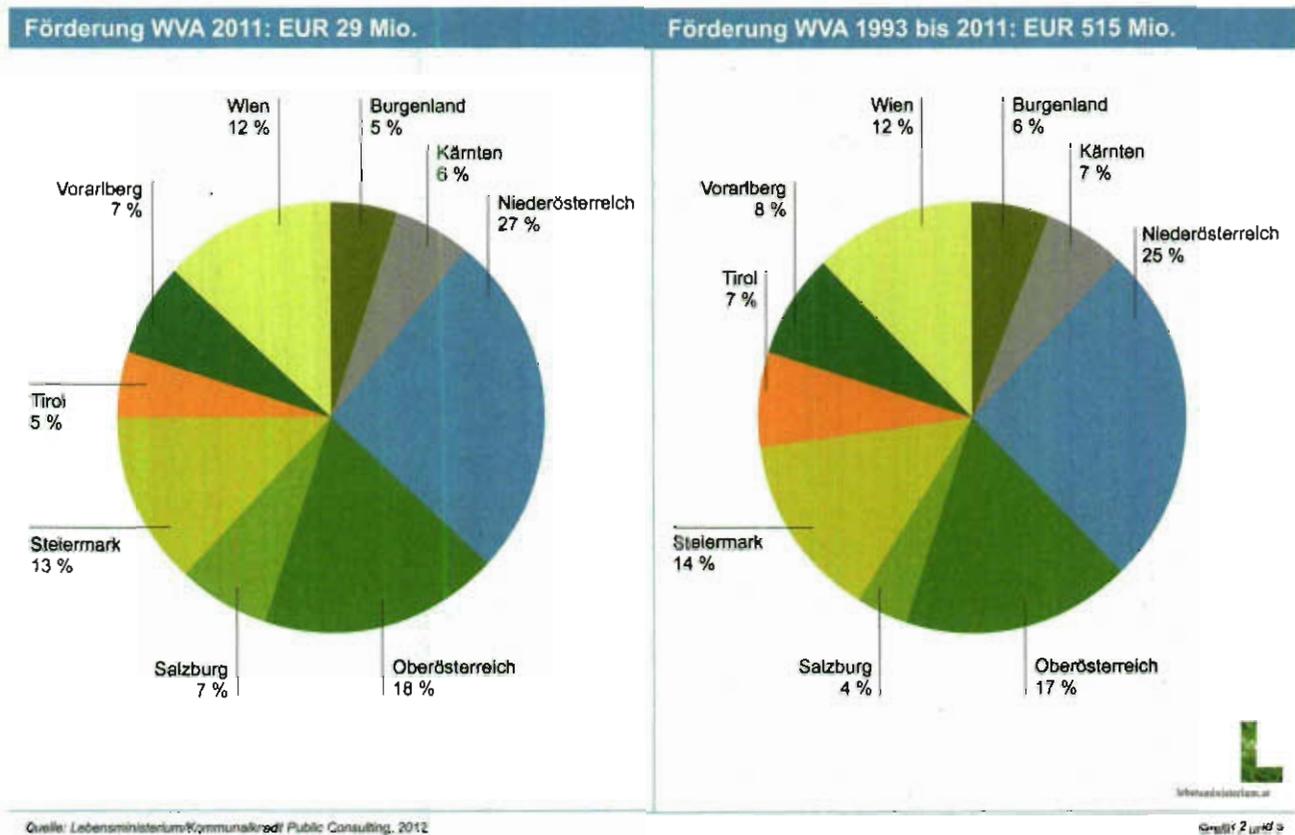
Im Jahr 2011 erhielten 545 kommunale Wasserversorgungsprojekte mit Investitionskosten von insgesamt 159,2 Mio. Euro eine Förderung von 28,8 Mio. Euro. Darin sind bereits die Pauschalförderungsanteile für die Einbautenkoordination in Höhe von 0,8 Mio. Euro und für die Erstellung digitaler Leitungskataster in Höhe von 5,9 Mio. Euro enthalten.

Neben den kommunalen Projekten wurden 2011 zusätzlich 170 **Einzelwasserversorgungsanlagen (PEWV)** mit Investitionskosten von 3,3 Mio. Euro und einer Pauschalförderung von 0,7 Mio. Euro genehmigt.

Insgesamt wurde im Jahr 2011 für 715 Wasserversorgungsprojekte mit Investitionskosten in Höhe von 162,6 Mio. Euro eine Gesamtförderung von 29,5 Mio. Euro gewährt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Förderungsintensität von 18,1 %.

Die Bundesländerverteilung der Mittel in der kommunalen Wasserversorgung (Grafiken 2 und 3) zeigt, dass im Jahr 2011 27 % auf Niederösterreich, 18 % auf Oberösterreich und 13 % auf die Steiermark bzw. 12 % auf Wien entfallen. Sehr ähnlich ist die Verteilung im Zeitraum 1993 bis 2011. Mehr als die Hälfte der Förderungen entfallen auf die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

Zuordnung der Förderungsmittel für Wasserversorgungsanlagen 2011 bzw. zwischen 1993 und 2011



Seit der Novelle der Förderungsrichtlinien 2001 werden neu errichtete kommunale **Abwasserentsorgungsanlagen (ABA)** mit zumindest 8 % und maximal 50 % der förderungsfähigen Investitionskosten gefördert. Pauschalsätze im Ausmaß bis zu 20 % der förderungsfähigen Investitionskosten können zusätzlich gewährt werden.

Im Jahr 2011 erhielten insgesamt 947 kommunale Abwasserentsorgungsprojekte mit Investitionskosten von 364,2 Mio. Euro eine Förderung von 88,2 Mio. Euro.

In diesem Gesamtförderungsbarwert sind bereits folgende Pauschalförderungsanteile enthalten:

- 15,1 Mio. Euro für neue Kanäle und Neuerrichtung bzw. Erweiterung von Kläranlagen,
- 1,8 Mio. Euro für die Einbautenkoordination,
- 13,6 Mio. Euro für die Erstellung digitaler Leitungskataster.

Die durchschnittliche Förderungsintensität für alle Projekte aus diesem Bereich beträgt 24,2 %.

2 Wasserwirtschaft

292 Projekte der kommunalen Abwasserentsorgung mit Gesamtinvestitionskosten von 148 Mio. Euro erhielten eine Spitzenförderung in Höhe von insgesamt 53,4 Mio. Euro (Förderungssatz > 8 %). Mehr als die Hälfte der Förderungen (61 %) entfielen damit auf Investitionsvorhaben mit Spitzenförderung. Die durchschnittliche Förderungsintensität inklusive Pauschalförderungen beträgt hier 36,1 % (2010: 38,8 %).

Die verbleibenden 655 kommunalen Projekte mit Investitionskosten von 216,2 Mio. Euro wurden mit dem Sockelförderungssatz von 8 % zuzüglich Pauschalförderung unterstützt. Daraus resultiert eine Gesamtförderung von 34,8 Mio. Euro. Die durchschnittliche Förderungsintensität für diese 655 Anlagen beträgt 16,1 %.

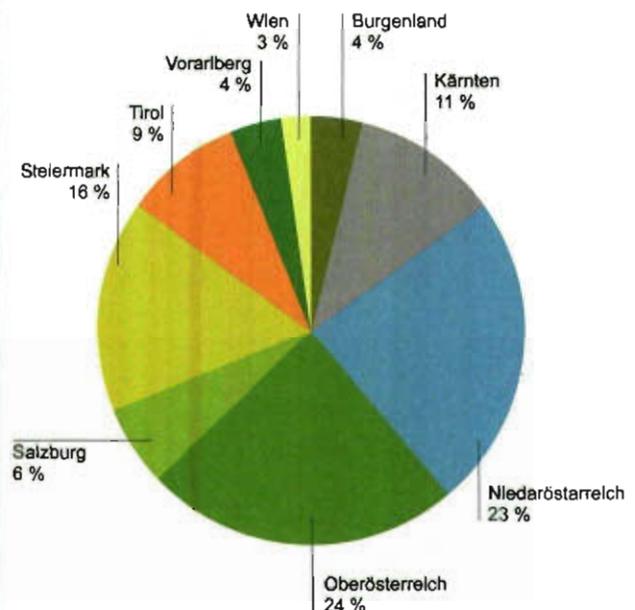
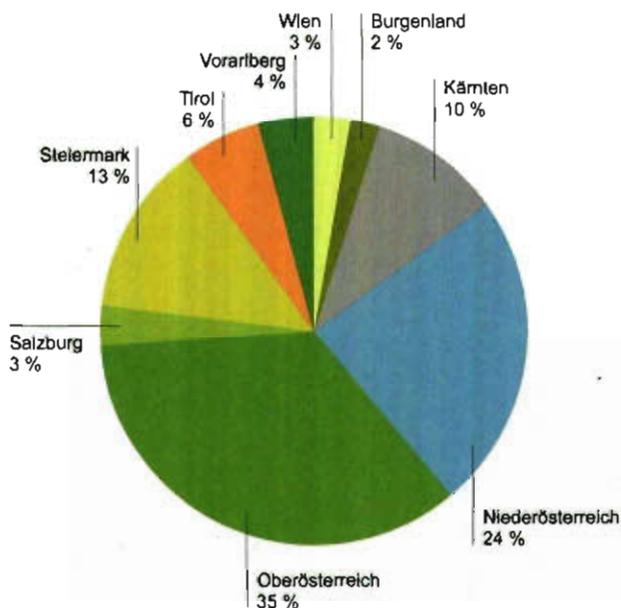
Neben den kommunalen Projekten wurden 2011 weitere 962 **Kleinabwasserbeseitigungsanlagen** mit Investitionskosten von 15,9 Mio. Euro und einer Gesamtförderung von 4,0 Mio. Euro genehmigt. Weiters erhielten zehn betriebliche Abwasserprojekte mit Investitionskosten von 4,6 Mio. Euro eine Förderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro.

Im Zeitraum 1993 bis 2011 entfielen 63 % und im Jahr 2011 72 % der Förderungsmittel auf Projekte in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark (Grafiken 4 und 5). Dieser hohe Wert erklärt sich vor allem aus den höheren Förderungssätzen im ländlichen Raum. Neben Kanalerweiterungen in ländlichen Gebieten stehen zukünftig vor allem größere Investitionen für Sanierungen an. Österreichs Kläranlagen sind weitgehend an den Stand der Technik angepasst, doch werden auch in diesem Bereich zukünftig Sanierungen notwendig sein.

Zuordnung der Förderungsmittel für Abwasserentsorgungsanlagen 2011 bzw. zwischen 1993 und 2011

Förderung ABA 2011: EUR 93,5 Mio.

Förderung ABA 1993 bis 2011: EUR 4.011 Mio.



Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2012

Grafik 4 und 5

2.1.4. Effekte der im Jahr 2011 genehmigten Projekte

Im Rahmen der geförderten Abwasserentsorgungsprojekte wurden im Jahr 2011 Förderungen für rund 990 Kilometer Kanal zugesichert. Etwa 16.000 Objekte – das entspricht in etwa 63.000 Einwohner/innen bzw. 78.000 Einwohnerwerten – können dadurch an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden. Mit den 2011 genehmigten Projekten wurden die Abwasserreinigungskapazitäten um ca. 142.000 Einwohnerwerte ausgebaut. Damit werden zusätzlich jährlich rund 2.181 Tonnen BSB₅ abgebaut, 531 Tonnen Stickstoff nitrifiziert und 357 Tonnen Stickstoff sowie 80 Tonnen Phosphor aus dem Abwasser entfernt.

In der Wasserversorgung genehmigte der Umweltminister Projekte mit 403 Kilometern Wasserleitungen, 60 Wasseraufbereitungsanlagen, einem Wasserspeichervolumen von rund 7.500 m³ und 58 Wassererschließungen (Quellen, Brunnen). Mit diesen Anlagen werden ca. 27.000 Einwohner/innen (37.000 Wasserversorgungseinheiten) versorgt.

Durch die Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft wurden alleine im Jahr 2011 ca. 7.000 lokale Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum geschaffen und gesichert.

2.1.5. Gewässerökologie

Eine Bestandsaufnahme der Oberflächengewässer in Österreich gemäß der Wasserrahmenrichtlinie hat gezeigt, dass Defizite vor allem bei den Abflussverhältnissen, der Gewässerstruktur (Morphologie) und der Durchgängigkeit der Fließgewässer vorliegen. Um diese Defizite durch die gemäß Wasserrechtsgesetz verpflichteten Gemeinden, Verbände und Unternehmen (insbesondere aus der Energiewirtschaft) möglichst rasch zu beseitigen, wurde 2008 mit einer Novelle zum UFG eine Anreizförderung geschaffen.

Die Dotation der Förderung Gewässerökologie erfolgt bis 2015 in Höhe von insgesamt 140 Mio. Euro aus dem Reinvermögen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds. Mit 1.2.2009 wurden die entsprechenden Förderungsrichtlinien für kommunale Förderungswerber bzw. für Wettbewerbsteilnehmer durch den Umweltminister erlassen.

Von diesen 140 Mio. Euro stehen gemäß § 12 Abs. 9 UFG maximal 20 Mio. Euro für die Umsetzung von ökologischen Maßnahmen innerhalb des prioritären Sanierungsraumes zur Verfügung, zu der der Bund als Konsensträger der hydromorphologischen Belastung verpflichtet ist („Bundeskonsens“-Projekte). Als Antragsteller fungiert die Bundeswasserbauverwaltung. Die Kosten für die Maßnahmenumsetzung werden zu 100 % aus dem UFG finanziert. Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit sowie, bei ausreichender Mittelverfügbarkeit, auch Maßnahmen zur Restrukturierung morphologisch veränderter Fließgewässerstrecken.

Insgesamt wurden 2011 66 gewässerökologische Projekte mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 26,5 Mio. Euro und einem Förderungsbarwert von 12,6 Mio. Euro unterstützt. Der Großteil der Förderungen, in Summe 7,4 Mio. Euro, wurde dabei für Maßnahmen kommunaler Projektträger verwendet. Für Projekte von Wettbewerbsteilnehmern, im Wesentlichen Energieerzeugungsunternehmen, wurden Förderungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro vergeben.

Für Anlagen, bei denen der Bund Konsensträger ist, liegen vorerst überwiegend Ansuchen für die Projektierung vor. Dafür wurden bisher 2,7 Mio. Euro an Förderungen zugesichert.

2 Wasserwirtschaft

In Tabelle 5 ist die Verteilung der geförderten Projekte einerseits auf die Bundesländer als auch auf die einzelnen Förderungsbereiche (kommunale Projekte, Projekte von Wettbewerbsteilnehmern, Maßnahmen an Anlagen mit Bundeskonsens) ersichtlich.

Genehmigte Förderungsansuchen im Bereich Gewässerökologie

Gewässerökologie 2011			in EUR
Projekte von kommunalen Förderungswerbern	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbetrag
Burgenland	4	1.894.000	1.136.400
Niederösterreich	9	2.903.040	1.741.824
Oberösterreich	7	1.568.000	940.800
Salzburg	1	717.932	430.759
Steiermark	2	192.610	115.566
Tirol	1	150.000	90.000
Vorarlberg	3	4.815.000	2.889.000
Wien	1	155.000	93.000
Summe kommunale Projekte	28	12.395.582	7.437.349
Projekte von Wettbewerbsteilnehmern			
Kärnten	1	5.621.816	1.124.363
Niederösterreich	14	1.509.666	409.574
Oberösterreich	10	986.308	289.931
Salzburg	1	1.550.000	310.000
Steiermark	3	1.772.098	381.320
Tirol	1	42.690	12.807
Summe Wettbewerbsteilnehmer	30	11.482.578	2.527.995
Projekte Bundeskonsens			
Burgenland	2	350.000	350.000
Niederösterreich	1	120.000	120.000
Oberösterreich	2	364.912	364.912
Steiermark	3	1.816.800	1.816.800
Summe Bundeskonsens	8	2.651.712	2.651.712
Gesamt			
Burgenland	6	2.244.000	1.486.400
Kärnten	1	5.621.816	1.124.363
Niederösterreich	24	4.532.706	2.271.398
Oberösterreich	19	2.919.220	1.595.643
Salzburg	2	2.267.932	740.759
Steiermark	8	3.781.508	2.313.686
Tirol	2	192.690	102.807
Vorarlberg	3	4.815.000	2.889.000
Wien	1	155.000	93.000
Summe	66	26.529.872	12.617.056

Quelle: Legationsministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2012

Tabelle 5

Seit Einführung der Förderung für Gewässerökologie im Jahr 2009 konnten insgesamt 110 Projekte mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 48,4 Mio. Euro und einem Förderungsbarwert von 22,7 Mio. Euro genehmigt werden. Auch in der Gesamtbilanz laut Tabelle 6 zeigt sich, dass kommunale Projekte mit einem Förderungsbarwert von 15,7 Mio. Euro den überwiegenden Anteil darstellen.

Genehmigte Förderungsansuchen im Bereich Gewässerökologie zwischen 2009 und 2011

Gewässerökologie 2009 bis 2011			in EUR
Projekte von kommunalen Förderungswerbern	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Burgenland	7	3.856.031	2.313.619
Niederösterreich	15	7.196.040	3.897.638
Oberösterreich	14	7.198.000	4.318.800
Salzburg	5	3.286.723	1.972.034
Steiermark	2	192.610	115.566
Tirol	1	150.000	90.000
Vorarlberg	3	4.815.000	2.889.000
Wien	1	155.000	93.000
Summe kommunale Projekte	48	26.849.404	15.689.657
Projekte von Wettbewerbsteilnehmern			
Kärnten	1	5.621.816	1.124.363
Niederösterreich	25	4.047.609	855.631
Oberösterreich	13	3.058.818	804.483
Salzburg	2	3.436.538	687.308
Steiermark	5	2.034.576	449.322
Tirol	1	42.690	12.807
Vorarlberg	1	343.018	68.604
Summe Wettbewerbsteilnehmer	48	18.585.065	4.002.518
Projekte Bundeskonsens			
Burgenland	2	350.000	350.000
Niederösterreich	1	120.000	120.000
Oberösterreich	6	552.683	552.683
Steiermark	5	1.980.800	1.980.800
Summe Bundeskonsens	14	3.003.483	3.003.483
Gesamt			
Burgenland	9	4.206.031	2.663.619
Kärnten	1	5.621.816	1.124.363
Niederösterreich	41	11.363.649	4.873.269
Oberösterreich	33	10.809.501	5.675.966
Salzburg	7	6.723.261	2.659.342
Steiermark	12	4.207.986	2.545.688
Tirol	2	192.690	102.807
Vorarlberg	4	5.158.016	2.957.604
Wien	1	155.000	93.000
Summe	110	48.437.952	22.695.658

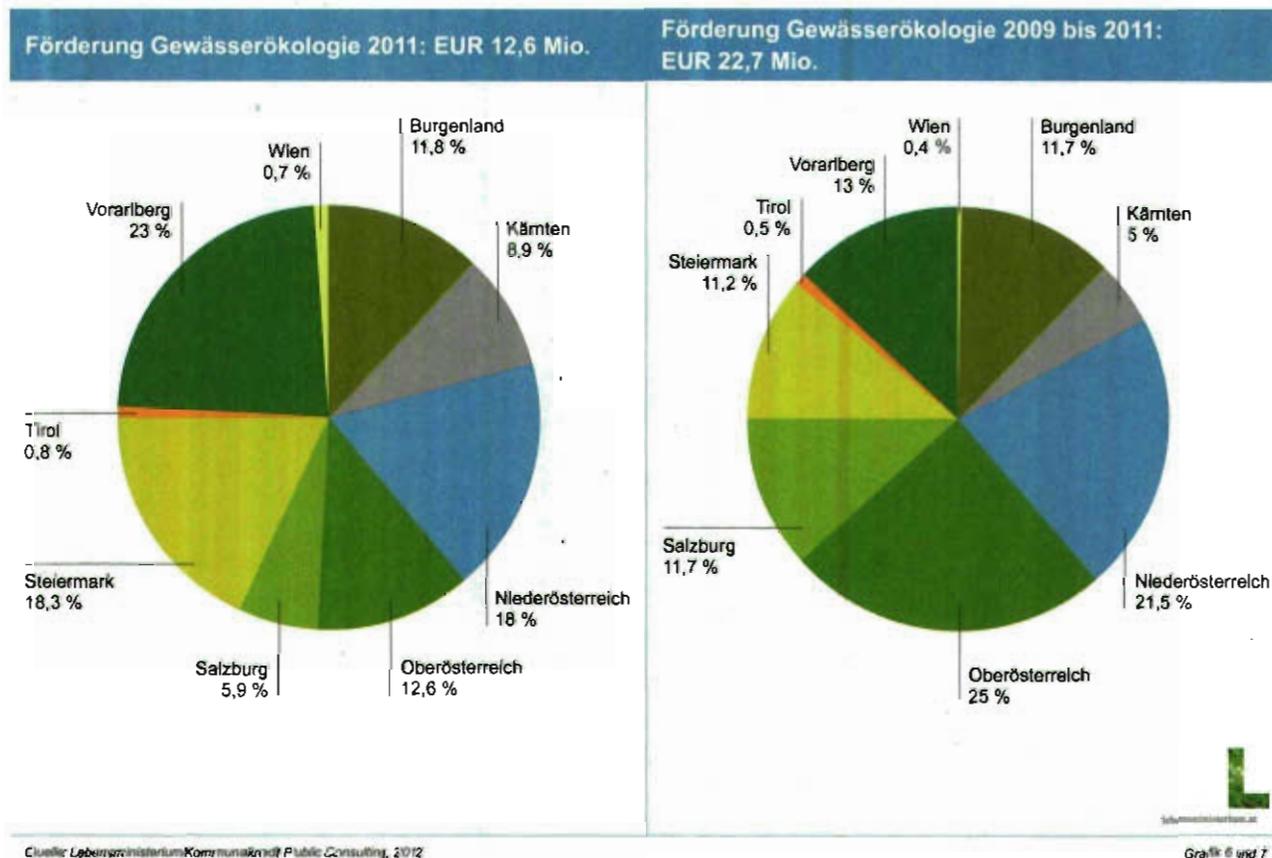
Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012

Tabelle 6

2 Wasserwirtschaft

Die prozentuelle Verteilung der zugesicherten Förderungen auf die Bundesländer im Bereich Gewässerökologie ist in den Grafiken 6 und 7 ersichtlich. Die meisten Förderungen flossen 2011 in die Bundesländer Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg. Betrachtet man die Periode 2009 bis 2011 wurden die meisten Förderungen an Projekte in Niederösterreich und Oberösterreich vergeben.

Zuordnung der Förderungsmittel für Gewässerökologie 2011 bzw. zwischen 2009 und 2011 nach Bundesländern



Seit Einführung der Förderung Gewässerökologie haben sich vor allem zwei Schwerpunkte gezeigt, die auch die Prioritäten des ersten Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans (NGP) widerspiegeln.

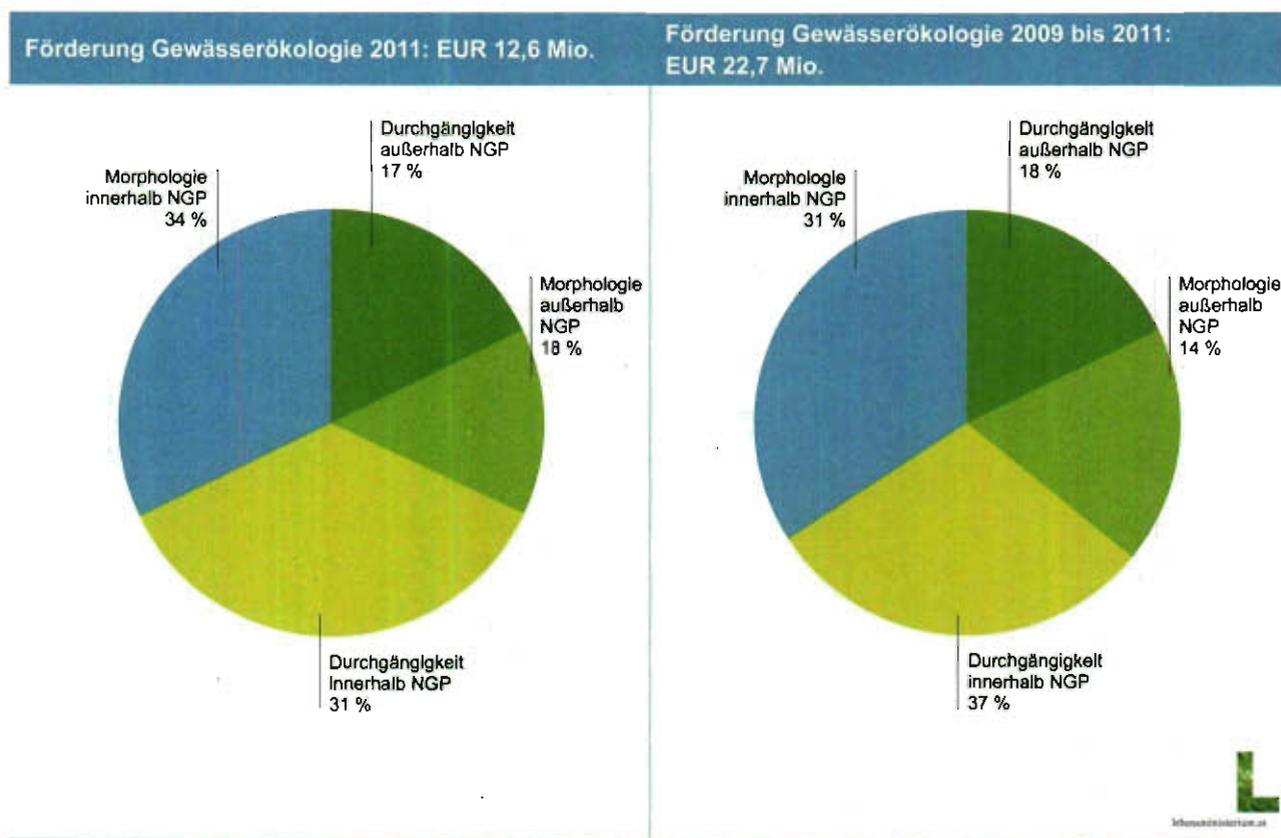
Dies sind einerseits Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Gewässern, hauptsächlich Fischaufstiege. Sie werden entweder als Raugerinne (Sohlrampe) oder als technische Fischwanderhilfe (vor allem Schlitzpass) ausgeführt. Die Zielsetzung besteht hier darin, bei Kontinuumsunterbrechungen durch Hochwasserschutz oder Wasserkraftnutzung, die ausreichende Fisch- und Organismenpassierbarkeit zwischen Ober- und Unterwasser wiederherzustellen. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 92 Querbauwerke durchgängig gemacht, davon beispielsweise in 19 Fällen durch technische Fischwanderhilfen und in weiteren 29 Fällen durch Umbau des Querbauwerkes zu einer aufgelösten Rampe. Die Summe der insgesamt überwundenen Querbauwerkshöhe beträgt knapp 170 Meter.

Andererseits wurden Maßnahmen zur Restrukturierung morphologisch veränderter Fließgewässerstrecken umgesetzt. Dabei werden morphologische Beeinträchtigungen (z. B. begradigte Fließstrecken, befestigte Ufer) durch Renaturierungsmaßnahmen und Strukturverbesserungen weitestgehend beseitigt.

Dies erfolgt beispielsweise durch Gerinneverbreiterungen, pendelnden Gerinneverlauf statt geradlinigem Trapezprofil, Wiederherstellung einer natürlichen Sohle bzw. eines natürlichen Sohlgefälles oder durch naturnahe Ufergestaltung. Im Jahr 2011 wurden durch Umsetzung der geförderten Maßnahmen in Summe rund 50 Flusskilometer hydromorphologisch verbessert und renaturiert.

Im NGP sind auch jene Gewässerabschnitte definiert, in denen bis 2015 vordringlich Maßnahmen gesetzt werden sollen. Projekte, die in diese prioritären Abschnitte fallen, werden bei Förderungsengpässen bevorzugt gereiht. Die Aufteilung der geförderten Maßnahmen nach inhaltlichen Schwerpunkten bzw. nach räumlicher Priorität gemäß dem NGP ist in den Grafiken 8 und 9 dargestellt.

Förderung Gewässerökologie 2011 bzw. zwischen 2009 und 2011



Quelle: Lebensministerium/Kommunalrecht Public Consulting, 2012

Grafik 8 und 9

2.2. Schwerpunkte 2011 und aktuelle Entwicklungen

2.2.1. Verfügbare Förderungsmittel in der Siedlungswasserwirtschaft 2010 bis 2013

Mit der Novelle des Umweltförderungsgesetzes vom 1.1.2011 wurde der Zusagerahmen für die Siedlungswasserwirtschaft reduziert. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 stehen insgesamt 355 Mio. Euro zur Verfügung, wobei in den Jahren 2010 und 2011 maximal 130 Mio. Euro und 2012 maximal 95 Mio. Euro an Förderungen genehmigt werden können. Dieser maximale Zusagerahmen erhöht sich um die sogenannte Wiederausnutzung. Dabei können zugesagte oder durch Auftragserteilungen gebundene, jedoch nicht in Anspruch genommene Mittel bis Ende 2013 neuerlich zugesagt werden.

Da die maximalen Zusagevolumina der Jahre 2010 und 2011 weitgehend ausgeschöpft wurden, stehen für das Jahr 2013 Förderungsmittel nur in sehr geringen Umfang zur Verfügung, sodass die Vergabe der Mittel nach wasserwirtschaftlichen Prioritäten zu erfolgen hat.

2.2.2. Leitungskataster

Der erfreuliche Trend in der österreichischen Wasserwirtschaft in Richtung zeitgemäßem Assetmanagement hielt auch 2011 an. Während in der Vergangenheit die Errichtung und der Ausbau der Netze im Vordergrund stand, ist in Zukunft vor allem dem Funktionserhalt der Anlagen und des damit geschaffenen Anlagenwertes verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Um über Umfang und Zustand der Anlagen einen guten Überblick zu gewinnen, ist der digitale Leitungskataster ein hilfreiches Instrument.

Ein digitaler Leitungskataster dokumentiert und visualisiert das vorhandene Leitungsnetz sowie zugehörige Bauwerke mit Angabe von Lage, Höhe, Dimension, Materialien, Baujahr, Bewilligungsbescheiden etc. Bei Störfällen, Bauarbeiten oder im Falle des Anschlusses weiterer Leitungen stehen „auf Knopfdruck“ alle notwendigen Informationen zur Verfügung. Auch laufende Wartungs- und Reparaturarbeiten (z. B. Spülungen) zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit oder sonstige für den Betrieb wichtige Informationen können im Kataster gespeichert werden. Zusammen mit der Kosten- und Leistungsrechnung bildet das Wissen um Größe und Zustand des Anlagevermögens auch eine wichtige Grundlage für die Gebührengestaltung.

Seit Einführung der Pauschalförderung für Leitungskataster im Jahr 2006 wurden bereits 1.937 Anträge für 52.243 Kilometer Leitungslänge – davon 23.634 Kilometer Kanal und 28.609 Kilometer für Wasserleitungen – genehmigt. Von den geschätzten 89.000 Kilometern Kanalbestand in Österreich sind somit etwa 27 % in Erfassung begriffen. Von den geschätzten 76.500 Kilometern Wasserleitungen sind es sogar schon 37 %.

Die Förderung erfolgt als Pauschalförderung im Ausmaß von zwei Euro pro digital erfasstem Laufmeter Wasserleitung oder Kanal und kann bis zu 50 % der betreffenden Firmenrechnungen für die Katastererstellung betragen.

Leitungskataster 2006 bis 2011 nach Bundesländern

Leitungskataster 2006 bis 2011				
Bundesland	Kanalkataster Laufmeter	Wasserleitungskataster Laufmeter	Kataster gesamt Laufmeter	In %
Burgenland	674.709	3.818.893	4.493.602	8,6
Kärnten	1.669.678	1.351.752	3.021.430	5,8
Niederösterreich	5.953.916	7.502.633	13.456.549	25,8
Oberösterreich	6.798.050	3.857.274	10.655.324	20,4
Salzburg	1.965.472	1.073.202	3.038.674	5,8
Steiermark	4.895.216	5.185.737	9.880.953	18,9
Tirol	673.706	772.174	1.445.880	2,8
Vorarlberg	1.154.310	1.309.955	2.464.265	4,7
Wien	48.911	3.737.157	3.786.068	7,2
Summe	23.633.968	28.608.777	50.242.745	100
Summer umweltrelevantes Investitionsvolumen	112.789.510	57.759.727	170.549.237	In EUR
Summe Förderungsbarwert	39.468.687	30.557.941	70.026.628	In EUR

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2012

Tabelle 7

Mit der Erstellung des Leitungskatasters ist ein großer Schritt zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Werterhaltung des Anlagevermögens getan. Der Leitungskataster erfordert wie jede Datenbank eine laufende und konsequente Aktualisierung, aber auch eine hard- und softwaremäßige Wartung. Um den Leitungskataster mittel- und langfrist optimal und wirtschaftlich sinnvoll einzusetzen, ist es notwendig, die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der vielfältige Nutzen eines digitalen, auf die Bedürfnisse seines Betreibers maßgeschneiderten Leitungskatasters übersteigt mittelfristig jedoch bei weitem die anfallenden Kosten.

2.2.3. Energieeffizienz und Nutzung von erneuerbaren Energien in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft

Gemäß den Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft sind Einrichtungen zur Verwertung und Nutzung von erneuerbarer Energie im Ausmaß des Eigenbedarfes der Wasserversorgungs- oder Abwasserentsorgungsanlage förderungsfähig. Im Jahr 2011 wurden in 129 Anträgen derartige Maßnahmen im Rahmen der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft gefördert. Die meisten Maßnahmen betrafen die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen (123 Anträge). Weiters wurden Maßnahmen für die Biogasnutzung sowie zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt und Trinkwasserkraftwerke errichtet.

Energieeffizienz und Nutzung von erneuerbaren Energien 2011				In EUR
Projektart	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert	
Photovoltaik-Anlagen	123	25.256.047	5.702.369	
Biogasnutzung	2	463.000	46.640	
Energieeffizienz	2	216.220	33.871	
Trinkwasserkraftwerk	2	83.272	12.491	
Summe	129	26.018.539	5.795.371	

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2012

Tabelle 8

2 Wasserwirtschaft

Insgesamt wurden damit Investitionskosten in Höhe von 26,0 Mio. Euro gefördert. Davon entfiel der größte Betrag von 25,3 Mio. Euro auf Photovoltaik-Anlagen, vor der Biogasnutzung mit knapp 0,5 Mio. Euro. Die restlichen Maßnahmen machen gemeinsam rund 0,3 Mio. Euro Investitionsvolumen aus. Der zahlenmäßig größte Teil der Photovoltaik-Anlagen wurde in Niederösterreich, gefolgt von Oberösterreich umgesetzt.

Genehmigte Photovoltaik-Anlagen nach Bundesländern							
Bundesland	Anzahl	davon in ABA/WVA	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	kW _{peak}	Investkosten pro kW _{peak}	MWh pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr
Kärnten	3	3/0	1.862.329	352	5.291	317	103
Niederösterreich	93	61/32	17.510.699	5.072	3.452	4.565	1.482
Oberösterreich	26	24/2	5.861.201	1.297	4.519	1.167	379
Steiermark	1	1/0	21.818	5	4.364	5	1
Summe	123	89/34	25.256.047	6.726	3.755	6.054	1.965

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2012

Tabelle 9

Die Photovoltaik-Anlagen weisen eine Leistung von 6.726 kW_{peak} auf und liefern bei 900 Volllaststunden pro Jahr etwa 6.054 MWh an Strom. Berücksichtigt man die durch die Stromproduktion der Photovoltaik-Anlagen eingesparten CO₂-Emissionen entsprechend dem österreichischen Energiemix, so ergibt sich eine Einsparung von rund 2.000 Tonnen CO₂ pro Jahr.

2.2.4. Betriebliche Abwassermaßnahmen

Die neuen Förderungsrichtlinien für die Betrieblichen Abwassermaßnahmen (BAM) sind im Oktober 2010 in Kraft getreten. Die Förderung von betrieblichen Abwassermaßnahmen soll bewirken, dass nicht vermeidbare Produktionsabwässer weitestgehend betriebsintern verwertet und gereinigt werden. Unvermeidbare, produktionsspezifische Abwasserinhaltsstoffe sollten möglichst am Ort der Entstehung oder des Einsatzes zurückgehalten werden.

Konkret gefördert werden:

- betriebliche Abwasserbehandlungsanlagen,
- abwasserbezogene Maßnahmen innerbetrieblicher Art, die der Verbesserung der Beschaffenheit von betrieblichen Abwässern dienen (u. a. Kreislaufschließungen),
- Umstellungen auf wasservermeidende und -sparende Technologien zur Minimierung der für die Produktion notwendigen Wassermengen.

Daneben können auch Einrichtungen zur Verwertung und Nutzung der in den Anlagen anfallenden und wieder zu gewinnenden, erneuerbaren Energieträger sowie die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen gefördert werden, allerdings insgesamt maximal im Ausmaß des Energiebedarfes der betrieblichen Abwasserbehandlung und -ableitungsanlage.

2011 wurden zehn Projekte mit Investitionskosten von 4,6 Mio. Euro und einem Förderungsbarwert von 1,3 Mio. Euro zugesichert. Vier Projekte betrafen Projekte von Großunternehmen, sechs Projekte von KMUs.

Gemäß den angeführten drei Hauptförderungsgegenständen verteilen sich die Projekte wie folgt:

Betriebliche Abwassermaßnahmen 2011			in EUR
Projektkategorie	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Abwasserbehandlungsanlage	4	3.072.947	828.513
Innerbetriebliche Maßnahme	3	307.326	101.332
Wassersparende Technologien	3	1.234.446	396.056
Summe	10	4.614.719	1.325.901

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012

Tabelle 10

2.2.5. Forschungsförderung und Aufträge

Im Rahmen des Förderungsbudgets für die Wasserwirtschaft können gemäß § 21 und § 12 Abs. 8 UFG-Mittel für Forschung und Entwicklung sowie zu Studienzwecken zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sollen vor allem zur Entwicklung kostenoptimaler Problemlösungen beitragen. Im Jahr 2011 wurden sechs Forschungsprojekte genehmigt, wobei zwei dem Bereich Abwasserreinigung und vier dem Bereich Kanalmanagement zuzuordnen sind.

2.3. Beispiele geförderter Projekte 2011

2.3.1. Siedlungswasserbau: Wasserverband Mittleres Burgenland

Der Wasserverband Mittleres Burgenland betreibt Anlagenteile, die in naher Zukunft aufgrund ihres Alters saniert werden müssen. Zur besseren Planbarkeit und Budgetierung dieser Maßnahmen verfügt der Verband über eine Langzeitplanung für die Jahre 2011 bis 2020.

2011 wurde die Sanierung der Wasserversorgungsanlage durch Erneuerung der bestehenden Stahlleitungsquerungen der Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen sowie der Eisenbahngleise und eines Baches durchgeführt. Diese ersten Maßnahmen betrafen Anlagen in den Mitgliedsgemeinden Deutschkreutz, Horitschon und Neckenmarkt.

Infolge der Maßnahmen kann auch in Zukunft die Versorgung der Bürger/innen mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser gesichert werden.



Neu errichtete Schieber im Bereich der sanierten Rohrleitungen

2.3.2. Gewässerökologie: Hochwasserschutzverband Aschachtal (Oberösterreich)

Zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie soll für die prioritären Gewässer laut Nationalem Gewässerbewirtschaftungsplans bis 2015 der „Gute Zustand“ wiederhergestellt werden. Entsprechend wurde vom Hochwasserschutzverband Aschachtal die Renaturierung der Aschach inklusive der beiden Zuflüsse Leitenbach und Sandbach umgesetzt.

Vor über 80 Jahren wurden die Aschach, der Leitenbach und der Sandbach im Gemeindegebiet von Waizenkirchen großteils hart reguliert. Die Gerinne wurden begradigt, um für die landwirtschaftliche Nutzung eine günstigere Parzellenform zu gewinnen bzw. für die Drainagierungen eine Vorflut zu schaffen. Diese Gewässer weisen seither einen weitestgehend geradlinigen Gewässerlauf mit wenigen Strukturelementen auf.



Der Leitenbach und der Sandbach münden direkt oberhalb des sogenannten Aschach-Durchbruches in die Aschach. Die Renaturierung betrifft den Leitenbach Unterlauf auf einer Länge von 780 Meter, den Sandbach-Unterlauf auf 400 Meter und die Aschach auf einer Länge von 500 Meter. Es ist vorgesehen, durch Neuanlage der Bachläufe, Aufweitungen und Einbau von Strukturelementen eine natürliche dynamische Entwicklung der Gewässer in Gang zu setzen. Da hier sehr viele Faktoren mitwirken, kann vorweg schwer abgeschätzt werden, wie sich die Gewässer entwickeln werden. Durch den großzügigen Ankauf von Flächen kann jedoch der natürlichen Entwicklung der Gewässer nahezu „freier Lauf“ gelassen werden. Es ist daher zu erwarten, dass sich in den nächsten Jahren eine Flusslandschaft mit einer Vielzahl an unterschiedlichsten Lebensräumen entwickeln wird. Durch großflächige Geländeabsenkungen kommt es im Projektbereich zukünftig zu häufigeren Überflutungen, dadurch soll die Entstehung einer „weichen Au“ begünstigt werden.

2.3.3. Betriebliche Abwassermaßnahme: KBO Ostermann (Steiermark)

Die KBO Ostermann GmbH in Hart bei Graz ist ein Oberflächenveredler und führt Kunststoffpulverbeschichtung und Lohnentlackung von metallischen Oberflächen durch. Dazu wurden im Betrieb in der Vergangenheit bis zu 2.800 m³ Frischwasser pro Jahr benötigt. Die mit verschiedenen Chemikalien belastete Abwassermenge betrug 2.500 m³ pro Jahr.

Bisher wurde im Unternehmen eine rein mechanische Abwasserbehandlung durchgeführt und das Abwasser anschließend in die öffentliche Kanalisation eingeleitet.

Nunmehr wird das Abwasservolumen durch Optimierung der Spülvorgänge reduziert. Zudem wird ein Verdampfer eingebaut, der das Abwasser eindickt, das danach an einen konzessionierten Entsorger abgegeben wird. Da rund 90 % des Wassers aus dem Verdampfer wieder dem Wasserkreislauf zugeführt werden, müssen nur noch 10 % der bisher verbrauchten Frischwassermenge dem Prozess neu beigemischt werden.

Durch diese Maßnahme ist ein mehrfacher Umwelteffekt gegeben: Durch die Verdampfung von Abwasser wird nicht nur die Abwassermenge reduziert, sondern durch professionelle Entsorgung auch die Einleitung von Chemikalien wie Phosphor, Sulfat und Chrom in die Gewässer verhindert. Zudem konnte durch Prozessoptimierungsmaßnahmen der Frischwasserbedarf um fast 90 % reduziert werden.





3

UMWELTFÖRDERUNG
IM IN- UND AUSLAND

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1. Facts & Figures

3.1.1. Umweltförderung im In- und Ausland im Jahr 2011

2011 fanden vier Sitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Umweltförderung im In- und Ausland unter dem Vorsitz von Landesrat Johann Seitingner (Steiermark) und seinem Stellvertreter Dr. Wolfram Tertschnig (BMLFUW) statt. Darüber hinaus wurden für kleine Projekte drei Umlaufbeschlüsse zur Entscheidung über Förderungsanträge durchgeführt. 6 % der Förderungen (660 Projekte) wurden per Umlaufbeschluss vergeben. Die betroffenen Förderungswerber profitierten durch die raschere Entscheidung und erhielten ihren Förderungsvertrag etwa drei Monate früher. Weiters beschäftigten sich drei Arbeitsgruppen der Kommission mit dem Thema „*Innovative Förderungsmodelle für Umwelt- und Klimaschutzprojekte*“ sowie der Evaluierung der Sanierungsoffensive 2011 bzw. der Planung und Gestaltung der Sanierungsoffensive 2012.

Im Rahmen der Umweltförderung im In- und Ausland wurden 2011 Förderungen für 2.273 **Investitionsprojekte** mit einem Förderungsbarwert von 82,5 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 574,5 Mio. Euro durch den Umweltminister genehmigt. Erstmals wurden im Jahr 2011 der Kommission neben Investitionsprojekten auch **Beratungen**, die im Rahmen der Regionalprogramme durchgeführt wurden und aus Mitteln der Umweltförderung kofinanziert werden, vorgelegt (siehe auch Kapitel 3.3). Betrachtet man die Anzahl der Investitionsprojekte im Vergleich zu 2010 bedeutet dies einen Rückgang an Genehmigungen von 5,3 %. Etwa 6 % der 2011 geförderten Projekte wiesen einen Förderungsbedarf von mehr als 100.000 Euro auf. Dieser Anteil an großvolumigen Projekten entspricht dem Niveau des Vorjahres, was auf die im Grundsatz unveränderte Projektstruktur für das Förderungsinstrument hindeutet und in den im Wesentlichen unveränderten Förderungsbestimmungen, Förderungsintensitäten und Förderungsbegrenzungen begründet ist.

1.920 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 23,3 Mio. Euro, das sind rund 84 % der genehmigten Förderungen, wurden im Jahr 2011 als „de-minimis“-Förderung vergeben.

Der durchschnittliche Förderungssatz über alle Anlagenarten lag 2011 bei rund 14,4 %. Im Jahr 2010 lag dieser Wert noch bei 15,3 %. Hier zeigen die Bestrebungen zur weiteren Anhebung der Förderungseffizienz sowie die durchgeführten Anpassungen im Rahmen des Übergangs zu den Förderungsrichtlinien 2009 erste Erfolge.

Mit 79,2 Mio. Euro wurden rund 96 % der Förderungsmittel für klimarelevante Projekte verwendet, der durchschnittliche Förderungssatz lag ebenfalls bei 14 %.

Wie auch in den Jahren davor wurden die meisten Projekte im Bereich der **erneuerbaren Energieträger** gefördert:

Insgesamt 532 *Biomasse-Einzelanlagen* mit einem Förderungsbarwert von 5,1 Mio. Euro wurden 2011 genehmigt. Deutlich angestiegen ist der Anteil der Projekte in der Kategorie *Biomasse-Mikronetze*. Sowohl die Anzahl der Projekte als auch das Förderungsvolumen haben sich, verglichen mit dem Vorjahr, von 81 Projekten mit einem Förderungsbarwert von rund 2,7 Mio. Euro im Jahr 2010 auf 148 Projekte mit einem Förderungsbarwert von

5,2 Mio. Euro im Jahr 2011 beinahe verdoppelt. Der Trend zur kleinräumigen, dezentralen Wärmeversorgung, der sich bereits in den Vorjahren abzeichnete, und dem seit Inkrafttreten der Förderungsrichtlinien 2009 ein eigener Förderungsschwerpunkt gewidmet wurde, setzt sich also weiter fort.

Weiterhin auf sehr hohem Niveau liegt die Nachfrage bei *Biomasse-Nahwärme- und Wärmeverteilungs-Projekten*. Die Anzahl der geförderten Projekte ist mit 236 vergleichbar mit dem Vorjahr (243 Projekte). Gestiegen ist jedoch der Anteil der Förderungsmittel, die diesen Projekten zugesichert wurden: Waren es 2010 noch 26,9 Mio. Euro oder rund 30 % der insgesamt zugesicherten Mittel, so betrug der Anteil der Förderungen für Nahwärme- und Wärmeverteilprojekte 2011 32,4 Mio. Euro bzw. 39 % der zugesicherten Mittel.

Im Jahr 2011 entfielen mit 1.234 Projekten und rund 49,5 Mio. Euro Förderungsbarwert rund 54 % der geförderten Projekte sowie 60 % der zugesicherten Förderungen auf den Bereich der erneuerbaren Energieträger.

Im Bereich der **effizienten Energienutzung** wurden im Jahr 2011 die mit den Richtlinien 2009 neu eingeführten Förderungsschwerpunkte *Neubau in Niedrigenergiebauweise* sowie *Klimatisierung und Kühlung* verstärkt nachgefragt. In beiden Bereichen konnte ein Anstieg der geförderten Projekte sowie der zugesicherten Förderungsmittel verzeichnet werden:

Neubau in Niedrigenergiebauweise

- 2010: 10 Projekte / 360.000 Euro Förderung
- 2011: 45 Projekte / 580.000 Euro Förderung

Klimatisierung und Kühlung

- 2010: 2 Projekte / 160.000 Euro Förderung
- 2011: 16 Projekte / 715.000 Euro Förderung

Die im März 2011 gestarteten Förderungsaktionen *Umstellung auf effiziente Antriebe* sowie *Umstellung auf LED-Systeme* wurden unterschiedlich stark nachgefragt. Während das Interesse an der Förderung von effizienten Antrieben bisher eher verhalten war (fünf geförderte Projekte), wurde der Bereich der LED-Systeme mit 42 zugesicherten Projekten stärker nachgefragt.

Nach wie vor hoch ist der Anteil an sonstigen *betrieblichen Energiesparmaßnahmen*. Die Anzahl der geförderten Projekte ist zwar, verglichen mit dem Vorjahr, leicht rückläufig (von 408 auf 387 Projekte im Jahr 2011), die auf diese Projekte entfallenden Förderungsmittel sind jedoch im Vergleich zum Jahr 2010 von 11,6 Mio. Euro auf 18 Mio. Euro sogar um rund die Hälfte gestiegen.

Der Großteil der Projekte zur **thermischen Sanierung von betrieblich genutzten Gebäuden** – insgesamt 765 mit einem Förderungsbarwert von 30 Mio. – wurde aus dem Budget der Sanierungsoffensive 2011 gefördert (siehe auch Kapitel 3.2). Weitere 44 Projekte von Förderungswerbern, die nicht der Zielgruppe der Sanierungsoffensive, jedoch jener der Umweltförderung entsprechen, erhielten 4,7 Mio. Euro aus den Mitteln der Umweltförderung im Inland (UFI).

Insgesamt sind rund 42 % der geförderten Projekte sowie rund 33 % der zugesicherten Förderungsmittel dem Bereich effiziente Energienutzung zuzuordnen.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Auch das Thema **Ressourceneffizienz** stellt einen neuen Schwerpunkt in der Umweltförderung im Inland dar. 2011 konnten hier bereits die ersten Projekte gefördert werden.

Die **durchschnittliche Förderungshöhe** aller genehmigten Projekte lag 2011 bei 36.600 Euro. Das bedeutet einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr (36.400 Euro). Je nach Förderungsschwerpunkt variiert der durchschnittliche Förderungsbarwert beträchtlich. Während bei thermischen Solaranlagen der Wert bei rund 5.400 Euro liegt, beträgt der durchschnittliche Förderungsbarwert bei Wärmeverteilungs-Projekten hingegen etwa 170.000 Euro.

In Bezug auf die **Anzahl der Neuanträge** setzte sich 2011 der ansteigende Trend aus dem Vorjahr fort. Die Antragszahlen stiegen gegenüber 2010 um ca 15 % auf 3.413 und erreichten damit das Niveau des Jahres 2009. Der durch die Umstellung der Förderungsabwicklung kurzfristig eingetretene Rückgang der Neuanträge bei Standardtechnologien mit Antragstellung nach Umsetzung der Projekte war 2011 nicht mehr wirksam.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Zuordnung der Umweltförderung im In- und Ausland nach Bereichen 2011

Umweltförderung im In- und Ausland 2011					
	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Erneuerbare Energieträger					
Biomasse-Einzelanlagen	532	23.304.809	5.104.216	38.965	779.298
Biomasse-Mikronetze	148	20.030.831	5.187.269	14.097	281.938
Biomasse-Nahwärme	127	105.793.841	13.722.683	63.483	1.269.666
Biomasse-KWK	2	702.940	46.461	300	4.504
Wärmeverteilung	109	126.040.688	18.694.972	125.477	3.764.324
Solaranlagen	291	6.560.408	997.003	1.941	29.121
Geothermienutzung	1	10.590.000	1.882.523	5.213	130.325
Herstellung biogener Brenn- und Treibstoffe	1	3.710.000	276.075	818	12.270
Stromproduzierende Anlagen	20	1.907.540	515.833	428	8.420
Energiegewinnung aus biogenen Abfällen	3	10.973.519	3.120.044	2.779	41.685
Effiziente Energienutzung					
Erdgas-KWK	8	3.573.360	497.516	2.008	30.116
Anschluss an Fernwärme	296	9.721.214	1.602.529	20.112	301.683
Wärmepumpen	121	6.855.987	970.191	4.374	65.613
Betriebliche Energiesparmaßnahmen	387	84.547.716	17.990.156	67.428	674.278
Umstellung auf LED-Systeme	42	561.970	63.183	486	4.859
Energieeffiziente Antriebe	5	59.896	13.115	185	1.853
Thermische Gebäudesanierung	44	40.947.686	4.699.521	3.351	100.534
Neubau in Niedrigenergiebauweise	45	71.145.597	578.548	882	17.636
Klimatisierung und Kühlung	16	4.986.314	715.358	1.401	14.008
Mobilitätsmaßnahmen					
Betriebliche Mobilitätsmaßnahmen	14	17.731.259	1.138.875	2.314	23.145
Tenkanlagen für alternative Treibstoffe	11	299.826	54.353	5.527	55.269
Klimarelevante Gese					
Sonstige klimarelevante Maßnahmen	5	3.181.725	657.491	1.169	11.694
Ressourcenmanagement					
Nachwachsende Rohstoffe	6	1.462.170	309.511	2.176	32.644
Ressourcenmanagement	4	2.087.327	369.495	14.701	147.007
Luftverbessernde Maßnahmen					
Biologische Abluftreinigung	3	1.728.667	305.149	0	0
Prioritäre Luftmaßnahmen	4	230.844	67.599	0	0
Sekundäre Luftmaßnahmen	17	11.170.774	1.924.716	0	0
Reduktion von Staubemissionen	2	282.035	61.913	0	0
Partikelfilter-Nachrüstung	2	29.640	8.892	0	0
Gefährliche Abfälle					
Abfallmaßnahmen primär	3	1.523.086	235.522	0	0
Abfallmaßnahmen sekundär	1	955.920	112.224	0	0
Forschung und Demonstrationsanlagen					
Demonstrationsanlagen	3	1.830.645	615.679	1.933	0
Summe erneuerbare Energieträger	1.234	309.614.576	49.547.079	253.502	6.319.552
Summe klimarelevante Förderungen	2.238	556.776.623	79.206.921	379.617	7.799.889
Summe Investitionsförderungen	2.273	574.528.234	82.538.615	381.550	7.799.889
Beratungsförderungen im Rahmen der Regionalprogramme	1.580	4.276.297	1.124.130	0	0
Summe Umweltförderung im In- und Ausland	3.853	578.804.531	83.662.745	381.550	7.799.889

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2012

Tabelle 11

3 Umweltförderung im In- und Ausland

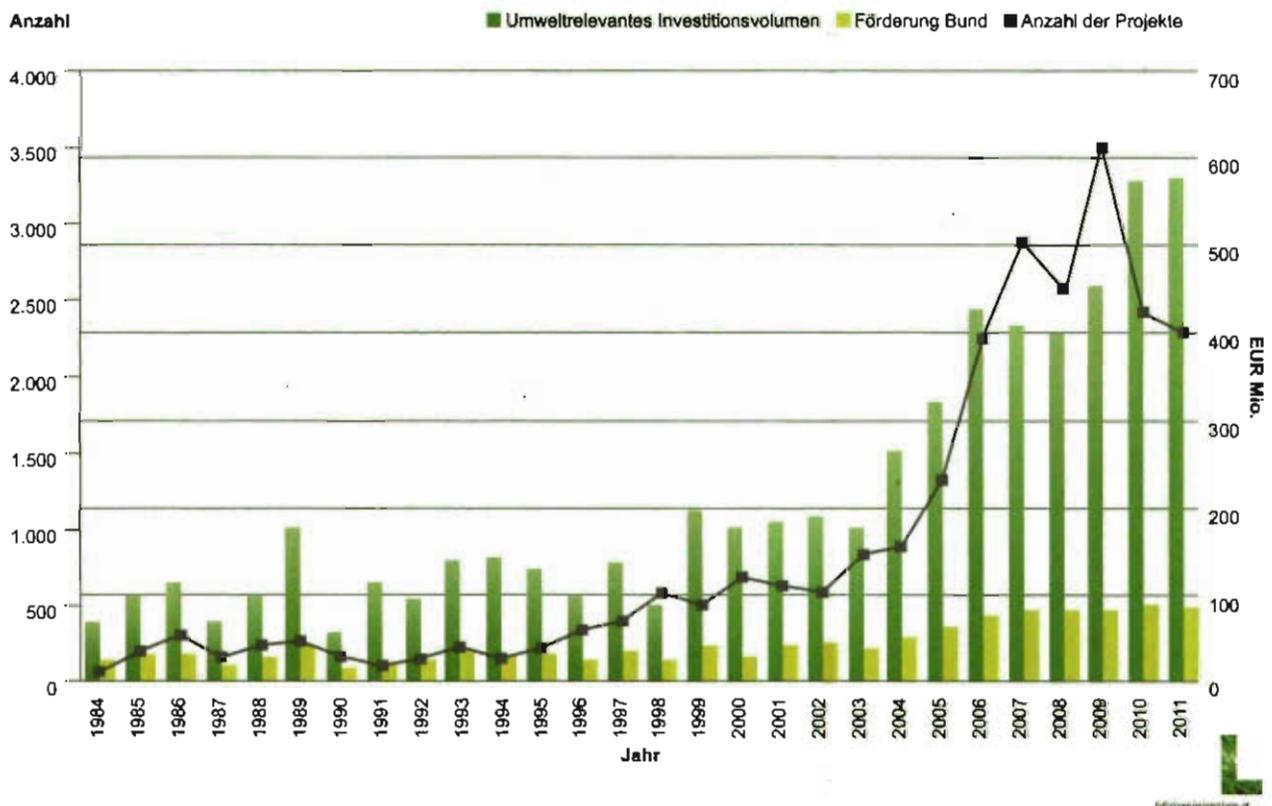
Im Bereich der **Umweltförderung im Ausland (UFA)** wurden 2011 ebenso wie in den Jahren davor keine Projekte gefördert. Im Verlauf der Jahre hat die Umweltförderung im Ausland in ihrer derzeitigen Ausrichtung stark an Bedeutung verloren. Durch den EU-Beitritt der Zielländer ist der Förderungsbedarf gesunken, da die meisten Projekte nur die Einhaltung gemeinschaftsrechtlicher Umweltziele betreffen und nicht über diese hinausgehen. Eine Neugestaltung der UFA ist in Diskussion.

Der vorhandene **Zusagerahmen** und damit auch der **Förderungsbarwert** in der Umweltförderung im In- und Ausland ist bis zum Jahr 2007 gestiegen und seither konstant geblieben (Grafik 10). 2011 betrug der Zusagerahmen wie in den Jahren davor 90,2 Mio. Euro und wurde durch die Förderung der in Tabelle 11 dargestellten Inlandsprojekte sowie durch Beauftragungen vollkommen ausgeschöpft. Obwohl die Anzahl der geförderten Projekte verglichen mit den Vorjahren leicht gesunken ist, stieg das durch die Förderung ausgelöste Investitionsvolumen hingegen leicht an. Der durchschnittliche Förderungssatz sank gegenüber dem Jahr 2010 von 15 % auf 14,4 %.

Die Entscheidung darüber hinaus vorliegender und fertig beurteilter Projekte musste daher auch 2011 ins Jahr 2012 verschoben werden.

Ende 2011 lagen Projekte mit einem Förderungsbedarf von ca. 80 Mio. Euro der KPC vor. Dieser Wert liegt deutlich unter jenem des Vorjahres. Auch hier zeigen die Bemühungen um Nachschärfung der Förderungsintensitäten mit dem Übergang zu den Förderungsrichtlinien 2009 Wirkung. Darüber hinaus wurden in einer Schwerpunktaktion im Jahr 2011, bis auf wenige begründete Ausnahmen alle, noch nach Richtlinien 2002 eingereichten Projekte einer abschließenden Bewertung zugeführt. Zahlreiche Projekte mussten im Zuge dessen mangels beurteilungsfähiger Unterlagen abgelehnt werden, was zu einer Verkleinerung des Förderungsbedarfs führte.

Entwicklung der Umweltförderung im In- und Ausland zwischen 1984 und 2011



Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2012

Grafik 10

3.1.2. Umweltförderung im In- und Ausland 1993 bis 2011

Im Zeitraum 1993 bis 2011 wurde seitens des Umweltministers die Förderung von 22.614 Projekten mit einem Förderungsbarwert von 939,7 Mio. Euro genehmigt. Das dadurch ausgelöste umweltrelevante Investitionsvolumen beträgt rund 5.149 Mio. Euro.

Aus der Verteilung auf die Bereiche in Tabelle 12 ist ersichtlich, dass 78 % aller gewährten Förderungen in diesem Zeitraum auf Klimaschutzprojekte entfallen. 2011 liegt dieser Wert bei 95 %. Der Trend zur Verschiebung des Schwerpunkts von Maßnahmen zur Luftverbesserung und Abfallvermeidung hin zu Klimaschutzmaßnahmen setzt sich so wie in den Jahren davor weiter fort. Insgesamt entfallen 56 % der gesamten zwischen 1993 und 2011 vergebenen Förderungen auf den Bereich der erneuerbaren Energieträger.

Im Zeitraum 1993 bis 2011 flossen 5 % der gesamten Förderungsmittel in die UFA, wobei 2011 keine Projekte im Ausland gefördert wurden.

Zuordnung der Umweltförderung im In- und Ausland nach Bereichen zwischen 1993 und 2011

UFI und UFA 1993 bis 2011			in EUR
Bereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Erneuerbare Energieträger	14.467	2.589.483.376	500.398.969
Energie aus biogenen Abfällen	25	130.539.114	14.758.441
Effiziente Energienutzung	6.631	984.417.539	170.570.157
Mobilitätsmaßnahmen	147	64.825.659	8.897.984
Klimarelevante Gase	88	231.892.645	29.498.791
Luftverbessernde Maßnahmen	646	570.904.993	114.139.076
Abfallvermeidung	88	162.816.093	37.204.161
Lärmschutzmaßnahmen	21	11.591.644	1.495.568
Ressourceneffizienz	10	3.549.497	679.006
Forschung und Demonstrationsanlagen	24	17.554.980	3.813.000
Ökoaudit und Studien	301	24.926.615	7.503.206
Summe klimarelevante Förderungen	21.358	4.001.158.333	724.124.343
Summe Inlandsförderung	24.194	5.153.381.034	940.832.697
Summe Auslandsförderung	166	356.602.582	50.750.207
Summe Umweltförderung im In- und Ausland	24.360	5.509.983.616	991.582.904

Quelle: Lebensministerium/Kommunikalkredit Public Consulting, 2012

Tabelle 12

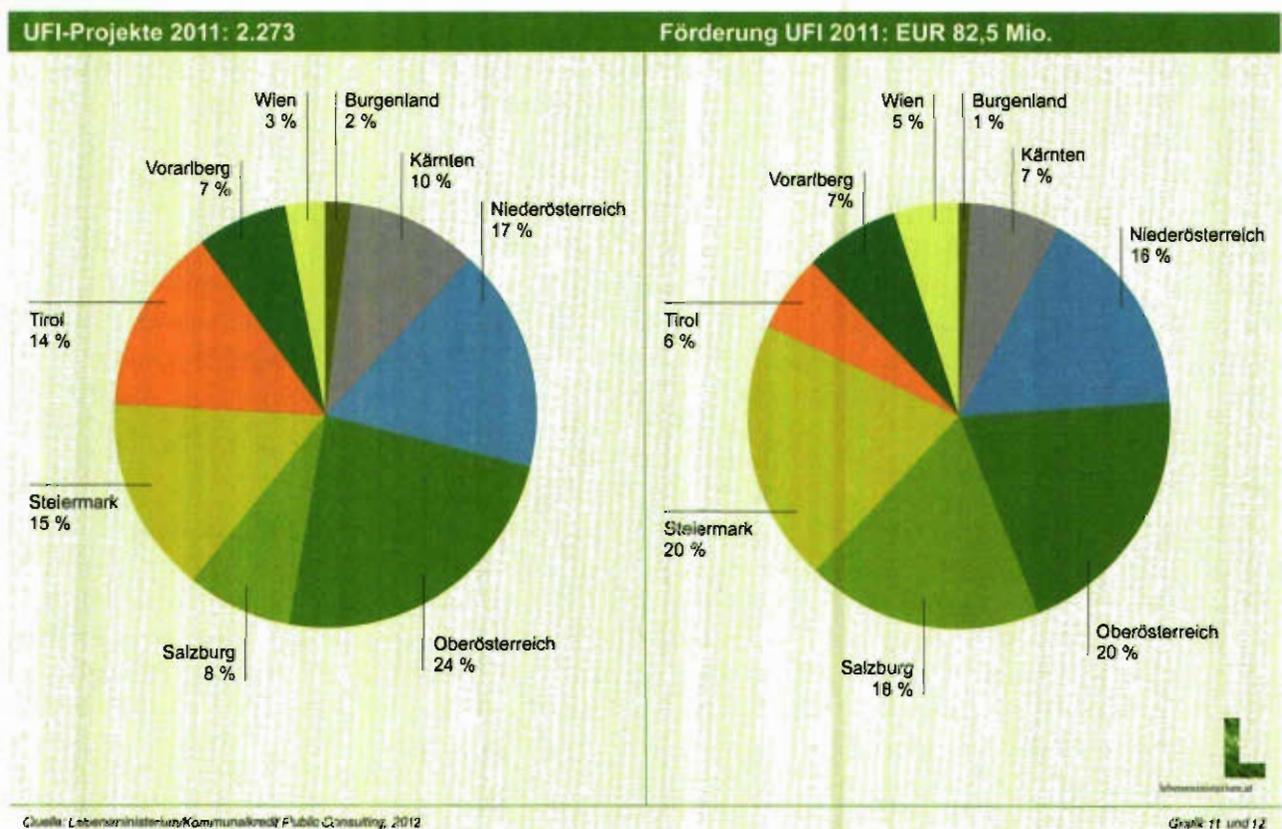
3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Die Bundesländerverteilung der genehmigten Projekte ist mit Anzahl und Förderungsbetrag in den Grafiken 11 und 12 dargestellt. 2011 kamen 24 % der Projekte aus Oberösterreich, gefolgt von Niederösterreich mit 17 % und der Steiermark mit 15%.

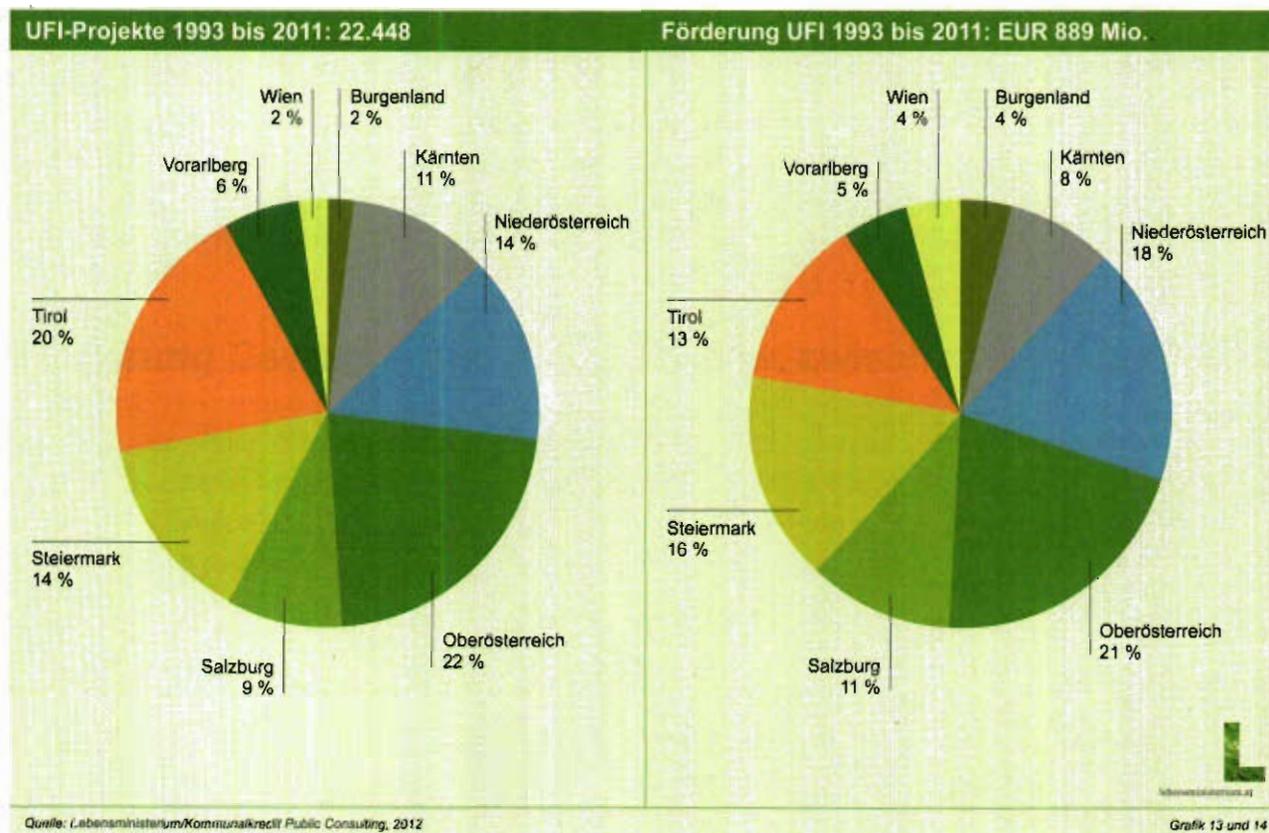
Die größten Anteile der Förderungen flossen 2011 mit je 20 % nach Oberösterreich und in die Steiermark. Auffällig ist der hohe Anteil an Förderungen, die in Relation zur Anzahl der Anträge für Salzburger Projekte zugesichert wurden. Mit nur 8 % Anteil an der Projektanzahl gingen 18 % der Förderungen in dieses Bundesland. Verursacht wurde dies durch einige Salzburger Großprojekte in den Bereichen Biomasse-Nahwärme und Wärmeverteilung sowie durch ein Energiesparprojekt, dem auf Basis der Förderungsrichtlinien 2002 die Maximalförderung von 3,75 Mio. Euro zugesichert wurde.

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2011 nach Bundesländern



Über den Betrachtungszeitraum 1993 bis 2011 (Grafiken 13 und 14) entspricht die Verteilung der Projektanzahl nach Bundesländern im Wesentlichen der Verteilung der Förderungen. In einzelnen Jahren auftretende Unterschiede gleichen sich über einen längeren Betrachtungszeitraum aus. Lediglich in Tirol zeigt sich im langjährigen Vergleich mit anderen Bundesländern, dass mehr, jedoch kleinere Projekte gefördert werden. Mit 20 % der im Beobachtungszeitraum geförderten Projekte flossen nur 13 % der Förderungen in dieses Bundesland. An der Spitze lag Oberösterreich, sowohl hinsichtlich Anzahl der geförderten Projekte (22 %), als auch bezogen auf die erhaltenen Förderungen (21 %).

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 1993 und 2011 nach Bundesländern

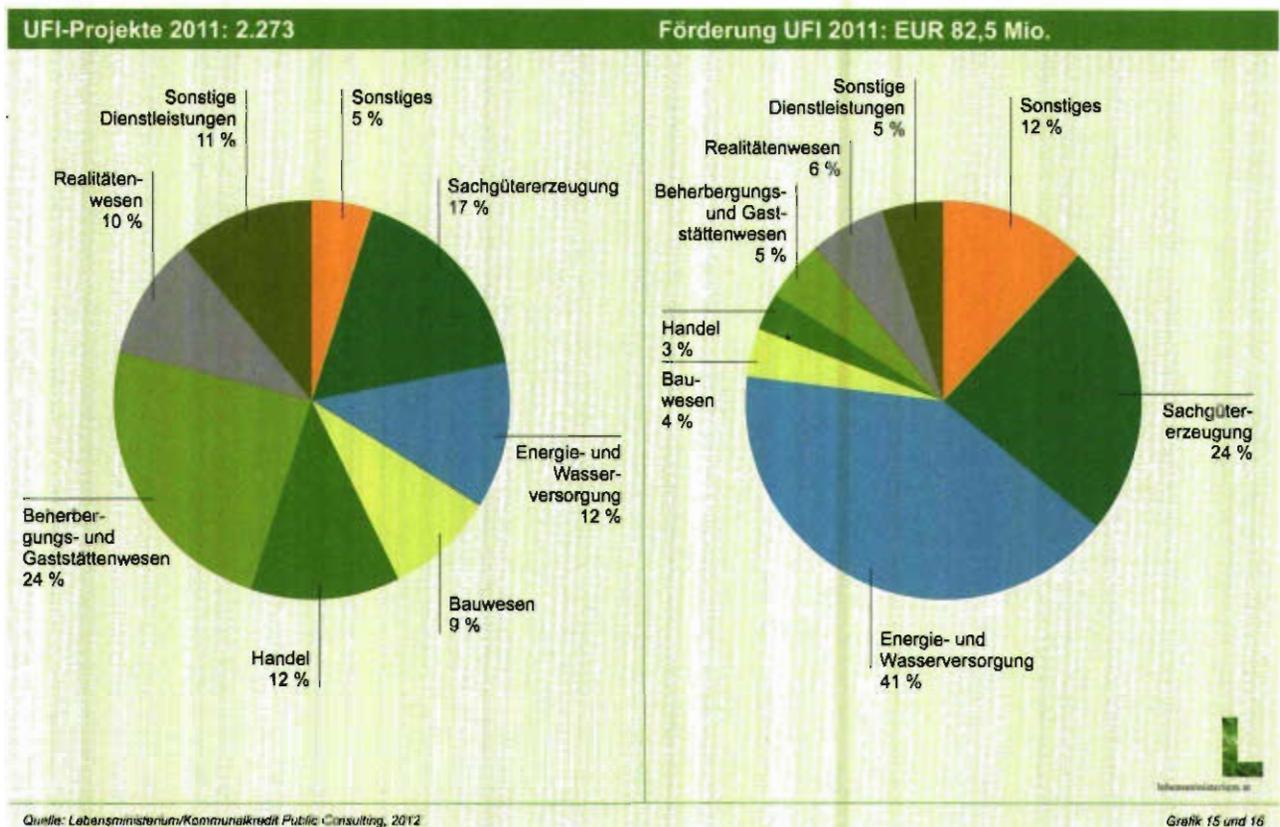


Bei der Verteilung auf die unterschiedlichen Branchen (Grafik 15) kamen wie in den vergangenen Jahren auch 2011 mit rund 24 % die meisten Projekte aus dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen. Obwohl immer noch überwiegend, ist dieser Anteil in den letzten Jahren stetig geringer geworden (2010: 26 % / 2009: 32 %). Da in dieser Branchengruppe zumeist kleinere Projekte wie Solaranlagen und Biomasseheizungen umgesetzt werden, beträgt der Anteil an den Förderungen nur 5 % (Grafik 16).

3 Umweltförderung im In- und Ausland

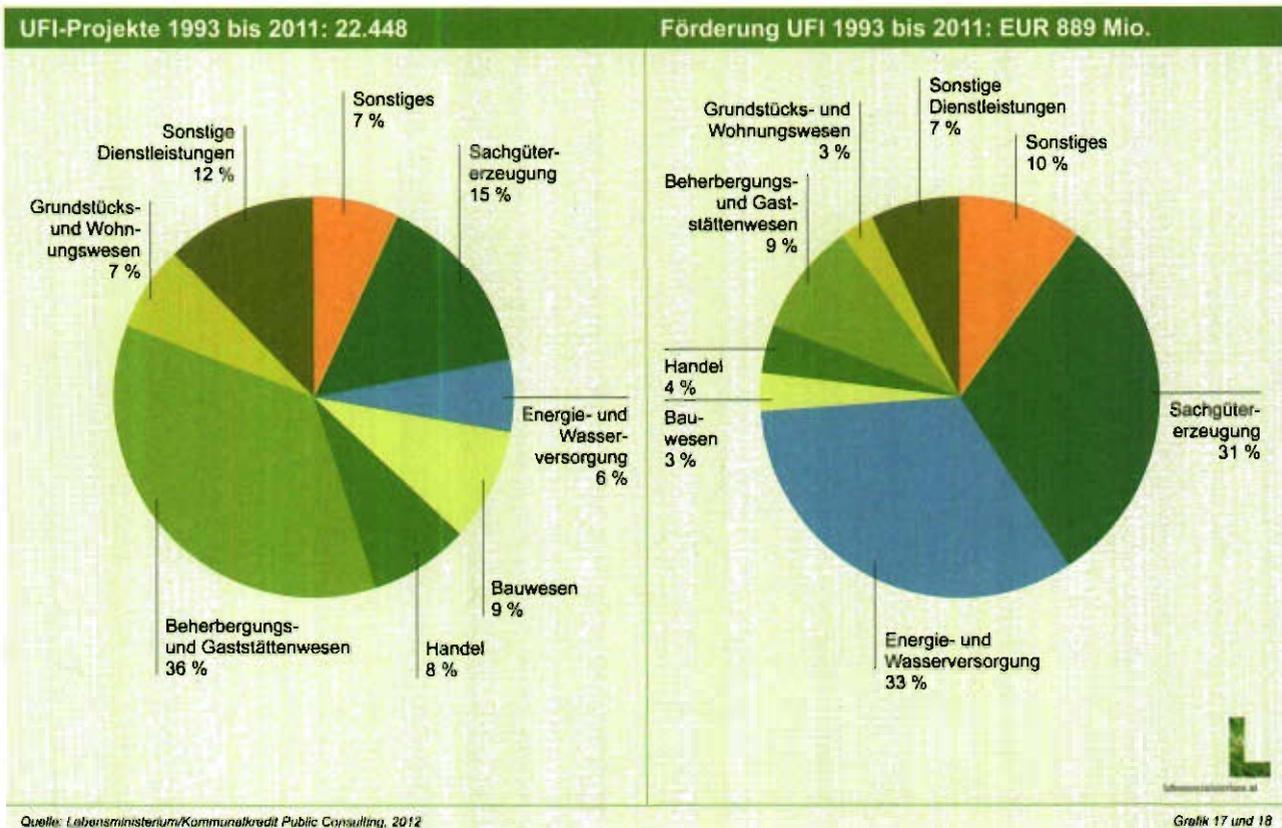
Der größte Anteil an Förderungen wurde für Projekte aus den Branchen Energie- und Wasserversorgung sowie Sachgütererzeugung zugesichert. Beinahe zwei Drittel der gesamten Förderungen ergingen an diese beiden Gruppen. Der Anteil der Förderungsmittel für die Branche Sachgütererzeugung ist verglichen mit den Vorjahren auf 24 % weiter angestiegen (2010: 20 % / 2009: 16 %). Die Mittel für Projekte der Energie- und Wasserversorgungsbranche sind gegenüber 2010 von 31 % auf 41 % gestiegen und haben somit wieder das Niveau des Jahres 2009 erreicht.

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2011 nach Branchen



Die Branchenverteilung für die zwischen 1993 und 2011 geförderten Projekte (Grafiken 17 und 18) zeigt hinsichtlich der Projektverteilung ein ähnliches Bild wie 2011: 36 % der geförderten Projekte sind dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen zuzuordnen. Gemessen an den Förderungen erhalten diese Projekte jedoch nur 9 %. Der größte Anteil der Mittel ging an Projekte der Branchen Energie- und Wasserversorgung (33 %) sowie Sachgütererzeugung (31 %).

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2011 nach Branchen



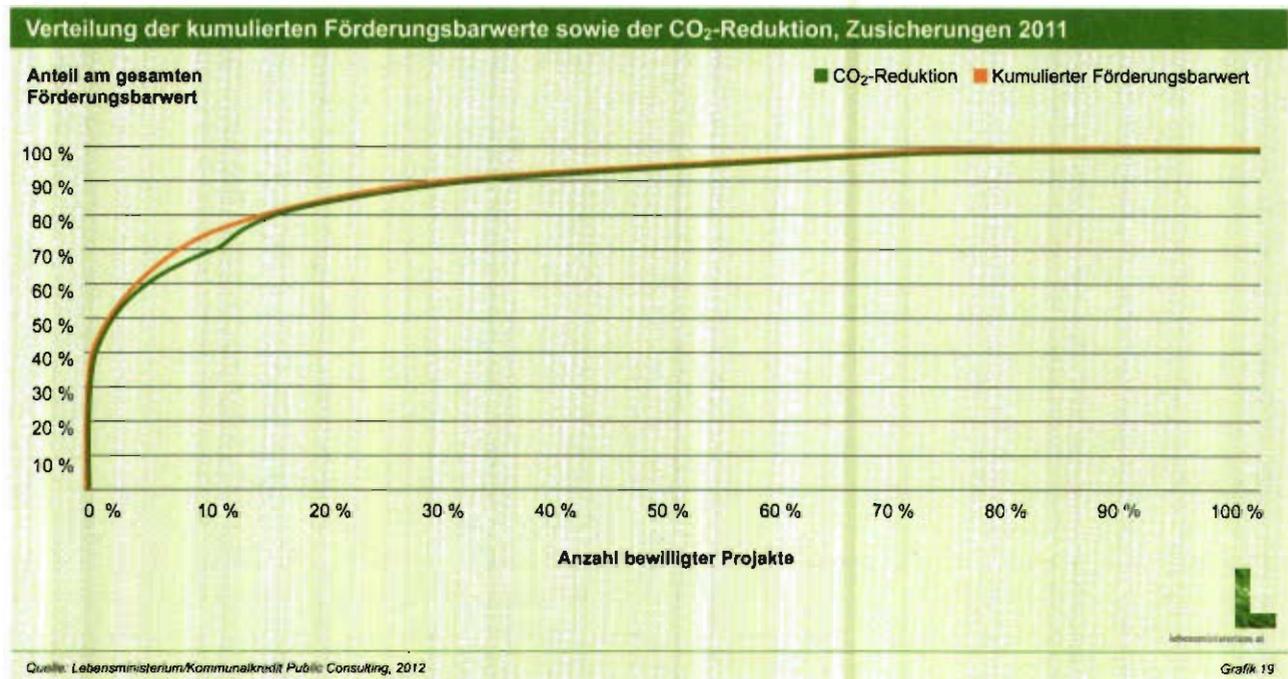
3.1.4. Effekte der im Jahr 2011 genehmigten Projekte

2011 wurde bereits wie in den letzten Jahren der größte Teil der Förderungen für Klimaschutzprojekte vergeben. Die Umsetzung der 2.238 klimarelevanten Projekte ermöglicht eine Reduktion von etwa 7,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten bezogen auf die technische Nutzungsdauer der Anlagen. 81 % dieser CO₂-Reduktionen und damit etwa gleich viel wie im Vorjahr wurden durch Projekte aus dem Bereich erneuerbarer Energieträger erzielt. Für Energieeffizienzprojekte wird ein Anteil von 16 % der CO₂-Reduktionen ausgewiesen, was ebenfalls in etwa dem Vorjahreswert entspricht.

Hervorzuheben sind auch die Umwelteffekte in den nicht klimarelevanten Förderungsbereichen zur Verringerung von gefährlichen Abfällen sowie Luftschadstoffen. So werden durch die 2011 geförderten Projekte unter anderem die Emission von jährlich rund 580 Tonnen NO_x und 29 Tonnen Staub sowie 4.000 Tonnen gefährlicher Abfälle vermieden.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Die Verteilung der Förderungsmittel (Grafik 19) zeigt, dass 10 % der geförderten Projekte rund 75 % der Mittel beansprucht haben. Diese 10 % sind gleichzeitig für 68 % der erzielten CO₂-Reduktionen verantwortlich.



Die Analyse der Entwicklung der spezifischen Förderungskosten je Tonne CO₂ bezogen auf die technische Nutzungsdauer der Anlagen zeigt gegenüber dem Wert im Jahr 2010 (11,7 Euro je Tonne) einen Rückgang um ca. 10 % auf 10,6 Euro je Tonne im Jahr 2011. Unverändert bleibt die vorrangige Beeinflussung dieses Parameters durch einige wenige Großprojekte vor allem im Bereich der Biomasse-Nahwärme und der Wärmeverteilung, die für den weitaus überwiegenden Anteil der erzielten CO₂-Reduktionen verantwortlich sind und demnach die durchschnittlichen, spezifischen Förderungskosten massiv prägen. Darüber hinaus greifen nun auch die mit der Richtlinienreform 2009 gesetzten Maßnahmen zur Steigerung der Förderungseffizienz, insbesondere der Senkung der maximalen Förderungssätze sowie der Nachschärfung bei den Deckelungen.

2009 beauftragte das BMLFUW eine Evaluierung der ökonomischen Effekte geförderter Maßnahmen („Gesamtwirtschaftliche Effekte der klimarelevanten Maßnahmen im Rahmen der Umweltförderung im Inland 2009“, Daniela Kletzan-Slamanig (WIFO), Karl W. Steininger (Universität Graz)).

Eine Hochrechnung der Ergebnisse der Studie auf die Umweltförderung im Jahr 2011 zeigt, dass durch Umsetzung der geförderten Projekte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,137 % höher lag, als wenn diese Investitionen nicht getätigt worden wären. Dies entspricht einer Wertschöpfung von 379 Mio. Euro.

Im Jahr 2011 wurde dadurch die Beschäftigung um rund 8.600 Personen erhöht. Das entspricht einem Beschäftigungseffekt von knapp 15 Personen je Mio. Euro Investitionssumme. Somit wurden arbeitsmarktbezogene Ausgaben von 110 Mio. Euro eingespart und zusätzliche Steuereinnahmen (vor allem aus Lohn- und Einkommenssteuer) in Höhe von rund 360 Mio. Euro erzielt. Dem Staatshaushalt standen im Jahr 2011 aufgrund der durch die Umweltförderung im Inland erzielten Effekte um 478 Mio. Euro mehr Mittel zur Verfügung. Die fiskalischen Effekte, das heißt die Veränderung der direkten und indirekten Steuereinnahmen sowie der arbeitsmarktbezogenen Ausgaben, übersteigen das ausgeschüttete Förderungsvolumen damit deutlich.

3.1.5. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Im Rahmen der betrieblichen Umweltförderung sowie der Sanierungsoffensive für Betriebe (siehe Kapitel 3.2) können Projekte, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen, aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert werden. Im Jahr 2011 wurden 54 Projekte mit rund 4,5 Mio. Euro EFRE-Mitteln gefördert. Die Bundesförderung für diese Projekte betrug 3,7 Mio. Euro (Tabelle 13).

Insgesamt stehen zur Kofinanzierung 32 Mio. Euro in der EFRE-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 zur Verfügung – ein Großteil dieser Mittel ist bereits zugesichert. Gefördert wurden überwiegend Projekte der Bereiche Energieeffizienz (Thermische Gebäudesanierung, Energiesparmaßnahmen) sowie erneuerbare Energieträger (Biomasse-Anlagen, Mikronetze, Nahwärme, Wärmeverteilung). Bereits 46 % der zugesicherten EFRE-Mittel wurden ausbezahlt.

In den Bundesländern Oberösterreich, Steiermark und Vorarlberg sind die zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel vollständig ausgeschöpft.

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern 2011				
in EUR				
Land	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund
Burgenland	2	785.392	113.733	37.913
Niederösterreich	17	21.891.484	2.392.250	1.909.403
Oberösterreich	10	5.424.331	640.455	485.562
Salzburg	7	1.646.967	247.881	247.883
Steiermark	10	6.390.482	861.243	816.596
Tirol	3	1.662.226	163.847	125.113
Vorarlberg	5	740.272	96.396	96.397
Summe	54	38.541.156	4.515.805	3.718.867

Quelle: Lebensministerium/Kommunikalkredit Public Consulting, 2012 Tabelle 13

Übersicht 2007 bis 2011

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern 2007 bis 2011				
in EUR				
Land	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund
Burgenland	13	6.923.493	1.342.724	407.216
Niederösterreich	46	66.048.552	7.456.754	6.798.300
Oberösterreich	36	65.746.938	6.737.777	6.409.921
Salzburg	18	12.999.945	1.767.687	1.414.157
Steiermark	33	54.458.945	7.332.676	6.551.176
Tirol	24	26.330.903	3.863.106	3.004.450
Vorarlberg	16	22.477.076	3.087.215	2.254.243
Summe	186	254.985.852	31.617.939	26.839.463

Quelle: Lebensministerium/Kommunikalkredit Public Consulting, 2012 Tabelle 14

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1.6. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Neben der EU-Kofinanzierung aus dem EFRE können seit 2007 Projekte auch aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) Förderungen erhalten. In der Maßnahme 321 „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ stehen für den Zeitraum 2007 bis 2013 rund 63,5 Mio. Euro an ELER-Mitteln (= EU + Bund + Land) zur Verfügung.

Insgesamt wurden im Jahr 2011 162 Projekte der Bereiche Biomasse-Nahwärme, Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmeverteilung aus ELER-Mitteln kofinanziert. Zusätzlich zur Förderung des Bundes kamen dafür 12,4 Mio. Euro an EU- sowie 5 Mio. Euro an Landesmitteln zum Einsatz (Tabelle 15).

ELER-Kofinanzierung nach Anlagenarten 2011					in EUR	
Projektart	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	Förderung Land	
Biomasse-Nahwärme	96	56.671.162	8.613.793	5.247.520	3.498.346	
Biomasse-KWK	2	702.940	73.481	46.461	30.974	
Wärmeverteilung	64	24.160.269	3.749.710	2.276.806	1.517.870	
Summe	162	81.534.371	12.438.984	7.570.787	5.047.190	

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012 Tabelle 15

Im Zeitraum 2008 bis 2011 wurden insgesamt 476 Projekte mit 51,8 Mio. Euro kofinanziert. Das entspricht einem Ausnutzungsgrad der Förderungen von rund 82 %. Bereits 30 % der zugesicherten ELER-Mittel wurden ausbezahlt.

ELER-Kofinanzierung nach Anlagenarten 2007 bis 2011					in EUR	
Projektart	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	Förderung Land	
Biomasse-Nahwärme	284	259.108.996	39.289.650	24.402.369	16.268.348	
Biomasse-KWK	2	702.940	73.481	46.461	30.974	
Wärmeverteilung	190	81.044.338	12.457.377	7.730.258	5.139.835	
Summe	476	340.856.274	51.820.508	32.179.088	21.439.157	

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012 Tabelle 16

3.2. Sanierungsoffensive 2011

Nach dem großen Erfolg des Konjunkturpakets II des Jahres 2009, beschloss die österreichische Bundesregierung für die Jahre 2011 bis 2014 wieder Mittel für Förderungen im Bereich der thermischen Gebäudesanierung zur Verfügung zu stellen. Für gewerblich genutzte Gebäude wurden für das Jahr 2011 30 Mio. Euro bereitgestellt, für den privaten Wohnbau 70 Mio. Euro. Mit diesen Förderungen für thermische Sanierungsprojekte wird ein maßgeblicher Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen geleistet. Gleichzeitig werden erhebliche Beschäftigungsimpulse im Bau- und Baunebengewerbe sowie der Umwelttechnikbranche ausgelöst.

Das förderungstechnische Management der Sanierungsoffensive erfolgte wie bei der vorangegangenen Aktion im Rahmen der bewährten und effizienten Abwicklungsstrukturen der Umweltförderung im Inland. Als Einreichstellen für Privatpersonen fungierten wie auch 2009 Banken und Bausparkassen, die Erstansprechpartner für die

Kunden/innen waren und die Anträge entgegennahmen. Die weitere Projektprüfung, das Genehmigungsverfahren sowie die Endabrechnung und Auszahlung der Förderung wurden von der KPC durchgeführt. Für Betriebe erfolgte die Antragstellung und gesamte Abwicklung direkt durch die KPC.

Beide Aktionen starteten im März und endeten im Dezember 2011. Insgesamt 17.019 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 802,5 Mio. Euro konnten 2011 aus den Mitteln der Sanierungsoffensive gefördert werden. Da die Antragstellung bei beiden Aktionen bis 31.12.2011 möglich war, konnten per Ende 2011 noch nicht bei allen vorliegenden Förderungsanträgen der Genehmigungsprozess abgeschlossen werden. Inklusive dieser noch ausstehenden Zusicherungen, die 2012 noch erfolgen, werden die zur Verfügung stehenden Mittel komplett ausgeschöpft.

Sanierungsoffensive – Zusicherungen 2011

Zuordnung nach Betrieben und privatem Wohnbau

Förderungswerber	Anzahl	Umweltrelevante Investkosten	Förderung Bund in EUR	Förderung EU in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Betriebe	779	166.330.596	30.023.604	172.135	37.782	1.129.253
Privater Wohnbau	16.240	636.218.096	65.709.607	0	104.875	3.146.238
Summe	17.019	802.548.692	95.733.211	172.135	142.657	4.275.491

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2012

Tabelle 17

95 % der 2011 geförderten Anträge stammen aus dem Bereich des privaten Wohnbaus. Das durch diese Projekte ausgelöste Investitionsvolumen beträgt 636,2 Mio. Euro, das sind rund 80 % der insgesamt durch die Sanierungsoffensive 2011 ausgelösten Investitionen. Dieser überproportionale Anteil ergibt sich aus der Tatsache, dass aufgrund der Förderungsbedingungen private Projekte mit maximal 6.500 Euro pro Antrag gefördert werden konnten. Die durchschnittliche Förderungshöhe im privaten Wohnbau liegt bei 4.000 Euro.

Im betrieblichen Bereich wurden 779 Projekte mit 30 Mio. Euro gefördert. Das dadurch ausgelöste umweltrelevante Investitionsvolumen beträgt 166,3 Mio. Euro. Die betrieblichen Projekte weisen eine durchschnittliche Förderung von rund 38.500 Euro auf.

Mit den geförderten Sanierungsmaßnahmen können 142.700 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden. Bezogen auf die Nutzungsdauer der Maßnahmen entspricht dies einer Gesamtreduktion von 4,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent. Der durch die Sanierungsoffensive 2011 erzielte Umwelteffekt entspricht damit in etwa jenem des Konjunkturpakets 2009.

3.2.1. „Sanierungsscheck 2011“ für den privaten Wohnbau

Die Antragstellung für den „Sanierungsscheck 2011“ für Private startete im März 2011, Anträge konnten bei allen Bausparkassen gestellt werden.

Förderungsfähig war die thermische Sanierung von bestehenden Wohngebäuden sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, die Umstellung von Wärmeerzeugungssystemen. Als förderungsfähige Maßnahmen galten die Dämmung der Außenwände, der oberen oder unteren Geschoßdecke und die Sanierung bzw. der Austausch von Fenstern und Außentüren.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

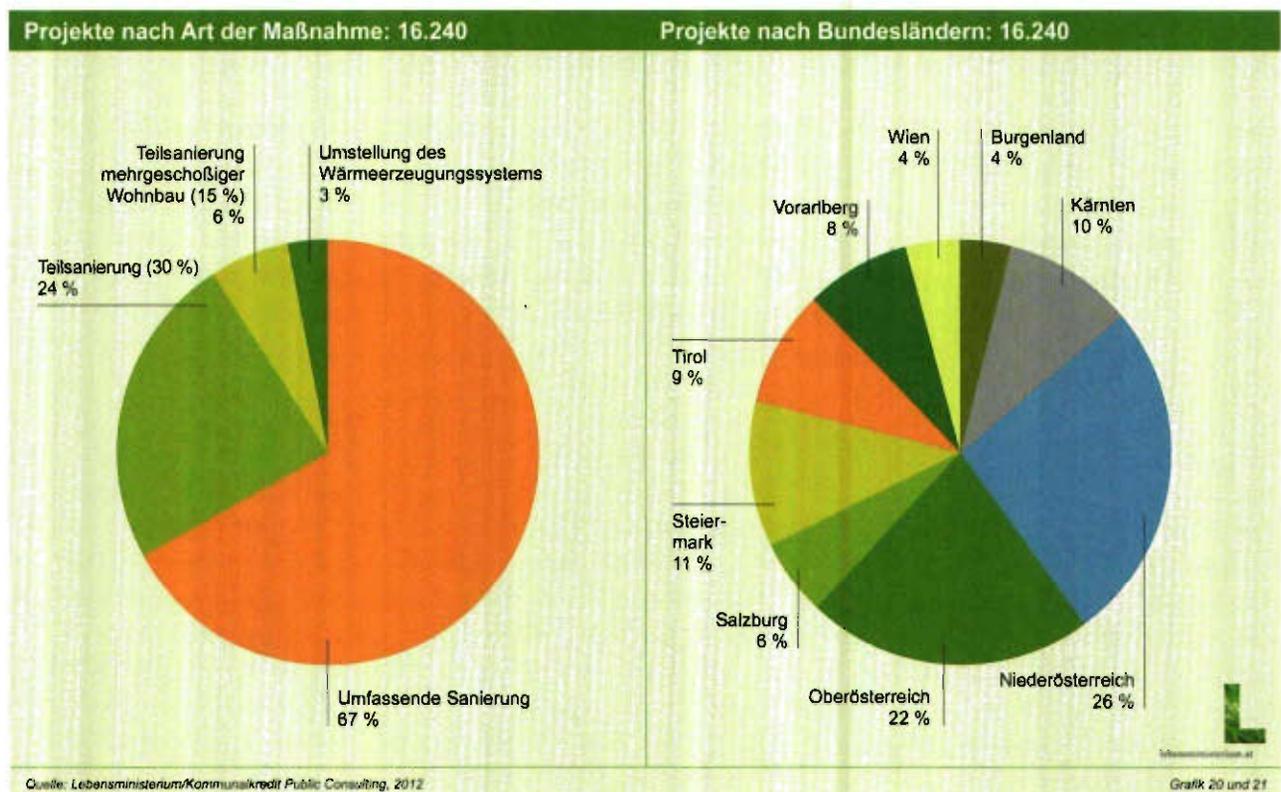
Die Förderung war entweder für eine umfassende Sanierung oder für eine Teilsanierung möglich. Bei einer umfassenden Sanierung musste der Heizwärmebedarf auf maximal 75 kWh pro Quadratmeter und Jahr bei einem Oberflächen-Volumen-Verhältnis des Gebäudes $> 0,8$ bzw. auf maximal 35 kWh pro Quadratmeter und Jahr bei einem Oberflächen-Volumen-Verhältnis $< 0,2$ reduziert werden.

Bei der Durchführung einer Teilsanierung musste die Reduktion des Heizwärmebedarfs mindestens 30 % betragen. Bei Teilsanierungen im mehrgeschoßigen Wohnbau war eine Reduktion um mindestens 15 % Förderungsvoraussetzung.

Die Förderung wurde als einmaliger, nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von maximal 20 % der förderungsfähigen Investitionskosten gewährt. Der Förderungsbetrag für die Sanierungsmaßnahmen war mit maximal 5.000 Euro je Antrag limitiert. Der Sanierungsscheck wurde zusätzlich zu den jeweiligen Wohnbauförderungen der Länder gewährt, was das Sanieren für Privatpersonen besonders attraktiv macht.

Bei der zusätzlichen Umstellung von Wärmeerzeugungssystemen betrug die maximale Förderungshöhe 1.500 Euro bei Ein- und Zweifamilienhäusern, im mehrgeschoßigen Wohnbau 1.000 Euro pro Wohneinheit.

Zuordnung der Projekte Sanierungsoffensive privater Wohnbau



Umfassende Sanierungen stellen rund zwei Drittel aller genehmigten Projekte dar. Jedes dritte Projekt, das gefördert wurde, entsprach den Kriterien einer Teilsanierung mit 30 % bzw. mit 15 % Heizwärmebedarfsreduktion im mehrgeschossigen Wohnbau (Grafik 20). Ein Fünftel aller Sanierungsmaßnahmen wurde gleichzeitig mit einer Umstellung des Heizwärmesystems durchgeführt. Grafik 21 zeigt, dass in etwa die Hälfte der genehmigten Sanierungsprojekte in den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich umgesetzt wurden, gefolgt von der Steiermark und Kärnten mit rund 11 % bzw. 10 %.

3.2.2. „Sanierungsoffensive 2011“ für Betriebe

Aufbauend auf den bisherigen Bestimmungen des Förderungsschwerpunktes „Thermische Gebäudesanierung“ sollten mit der Sanierungsoffensive in erster Linie thermische Sanierungen und Kombinationsprojekte, die sich aus Maßnahmen der thermischen Gebäudesanierung und der effizienten Energienutzung zusammensetzen, angesprochen werden.

Als spezieller Anreiz für Unternehmen wurde der Zugang zu Förderungen aus der Sanierungsoffensive 2011 erleichtert: Es wurde kein Mindestinvestitionsvolumen vorgegeben, auch für Teilsanierungen gab es Förderungsmöglichkeiten. Förderungsfähig waren Gebäude, die vor 2001 errichtet wurden. Ökologisch besonders anspruchsvolle Projekte, z. B. Sanierungen auf Passivhausstandard, wurden mit einem höheren Förderungssatz unterstützt.

Gleichzeitig umgesetzte betriebliche Energieeffizienzmaßnahmen bzw. Projekte zur Umstellung von bestehenden Heizungssystemen auf Biomasse-Einzelanlagen, Solaranlagen, Wärmepumpen oder Fernwärmeanschlüsse erhielten einen sogenannten Systembonus. Dieser Bonus wurde auch dann gewährt, wenn das betroffene Gebäude bereits eine gute thermische Qualität aufweisen konnte.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 779 Projekte mit umweltrelevanten Gesamtinvestitionen von 166,3 Mio. Euro aus Mitteln der Sanierungsoffensive 2011 für Betriebe gefördert (Tabelle 18). Der Förderungsbarwert der Projekte beträgt 30 Mio. Euro. Beim überwiegenden Anteil der Projekte (98 %) handelt es sich um thermische Sanierungen. Nur rund 2 % der Projekte sind sogenannte Kombinationsprojekte. Diese relative Unterrepräsentanz von Kombinationsprojekten ist durch die Einreichmodalitäten, die für einen Großteil der Projekte gelten, erklärbar. In diesen Fällen erfolgt die Antragstellung erst nach Umsetzung der Maßnahme, während hingegen die Einreichung für Sanierungsprojekte vor der Umsetzung zu erfolgen hatte.

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte nach der Art der Maßnahme

Genehmigte Projekte Sanierungsoffensive Betriebe 2011						
Art der Maßnahme	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung Bund in EUR	Förderung EU in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Thermische Gebäudesanierung	765	166.012.874	29.963.245	172.135	37.447	1.123.412
Kombinationsprojekte						
Anschluss an Fernwärme	2	33.273	9.197	0	118	1.776
Biomasse-Einzelanlage	6	154.372	35.781	0	163	3.266
Solaranlage	4	63.183	11.367	0	17	259
Wärmepumpe	2	66.894	4.014	0	36	540
Summe	779	166.330.596	30.023.604	172.135	37.782	1.129.253

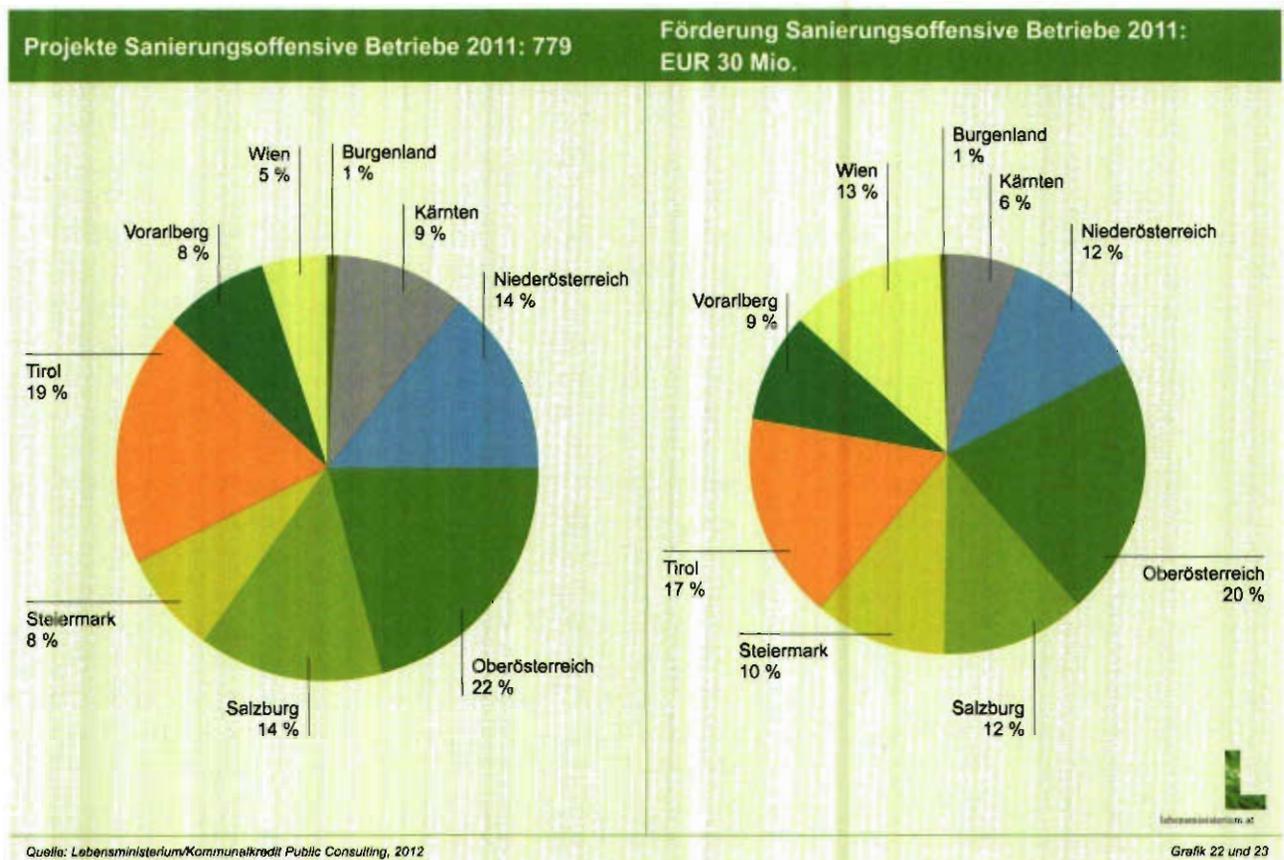
Quelle: Lebensministerium/Kommunikativ Public Consulting, 2012

Tabelle 18

3 Umweltförderung im In- und Ausland

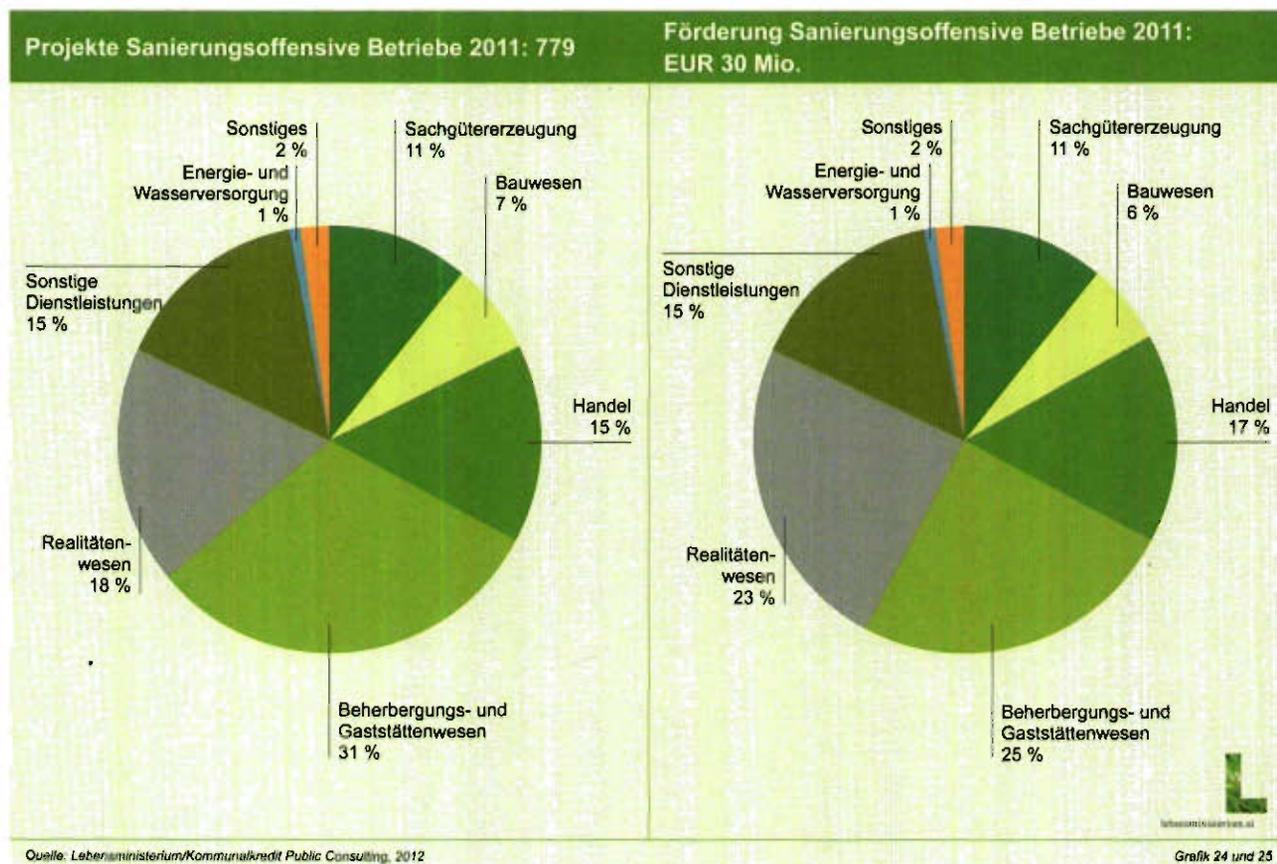
Die regionale Verteilung der Projekte der Sanierungsoffensive für Betriebe entspricht in etwa jener der Umweltförderung im Inland (vgl. Seite 38). Die meisten Projekte stammen aus Oberösterreich (22 %), gefolgt von Tirol mit 19 %. Der größte Anteil der Förderungen ging ebenfalls in diese beiden Bundesländer (Oberösterreich 20 %, Tirol 17 %). Auffällig ist der relativ hohe Anteil an Förderungen, der, bezogen auf die Anzahl der geförderten Projekte, nach Wien ging. In diesem Bundesland wurden besonders großvolumige Projekte zugesichert (Grafiken 22 und 23).

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2011 nach Bundesländern



Die Zuordnung der im Zuge der Sanierungsoffensive geförderten betrieblichen Projekte nach Branchen zeigt folgendes Bild:

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2011 nach Branchen



Die mit Abstand meisten Projekte (31 %) sind der Branchengruppe Beherbergungs- und Gaststättenwesen zuzuordnen. Mit 25 % floss auch der größte Anteil der Förderungen in Projekte aus dieser Branche. Anders als in der Umweltförderung spielen Projekte der Energie- und Wasserversorgung hier nur eine untergeordnete Rolle. Dies ist durch den speziellen Förderungsgegenstand erklärbar, ebenso wie der größere Anteil an Projekten aus den Branchen Realitätenwesen sowie Handel. In diesen Bereichen werden zumeist großvolumige Projekte umgesetzt.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.2.3. Ökonomische Effekte der Sanierungsoffensive 2011

2009 beauftragte das BMLFUW eine Evaluierung der ökonomischen Effekte der Maßnahmen zur Thermischen Sanierung.

Die Ergebnisse der Studie mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche Effekte der klimarelevanten Maßnahmen im Rahmen der Umweltförderung im Inland 2009“, Daniela Kletzan-Slamanig (WIFO), Karl W. Steininger (Universität Graz), wurden im Umweltförderungsbericht 2009 präsentiert. Eine Hochrechnung der Ergebnisse der Studie auf die Sanierungsoffensive 2011 zeigt, dass durch Umsetzung der geförderten Projekte das BIP um 0,191 % höher lag, als wenn diese Investitionen nicht getätigt worden wären. Dies entspricht einer Wertschöpfung von 529 Mio. Euro.

Im Jahr 2011 wurde dadurch die Beschäftigung um rund 12.000 Personen erhöht. Das entspricht einem Beschäftigungseffekt von rund 15 Personen je Mio. Euro Investitionssumme. Somit wurden arbeitsmarktbezogene Ausgaben von 165 Mio. Euro eingespart und zusätzliche Steuereinnahmen (vor allem aus Lohn- und Einkommensteuer) in Höhe von rund 500 Mio. Euro erzielt. Dem Staatshaushalt standen aufgrund der Effekte des Sanierungsoffensive 2011 um 668 Mio. Euro mehr Mittel zur Verfügung.

Die fiskalischen Effekte (d. h. die Veränderung der direkten und indirekten Steuereinnahmen sowie der arbeitsmarktbezogenen Ausgaben) übersteigen das ausgeschüttete Förderungsvolumen damit deutlich.

Makroökonomische Größen – Effekte der Sanierungsoffensive 2011

Makroökonomische Effekte	
Investitionen für thermische Sanierungen (in Mio. Euro)	802,54
Förderung Bund (in Mio. Euro)	95,7
Effekte auf makroökonomische Variablen	
BIP (Veränderung in %)	0,191
Beschäftigung (Veränderung absolut)	12.038
Effekte auf den Staatshaushalt (absolut in Mio. Euro)	
Einnahmen direkte Steuern (Veränderung in Mio. Euro)	303,0
Einnahmen indirekte Steuern (Veränderung in Mio. Euro)	200,1
Arbeitsmarktbezogene Ausgaben (Veränderung in Mio. Euro)	165,3
Summe der positiven Effekte auf den Staatshaushalt	668,4

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2011

Tabelle 19

3.3. Schwerpunkte 2011 und aktuelle Entwicklungen

3.3.1. Umweltförderung im Inland

Anzahl der Neuanträge wieder gestiegen

Die Anzahl der Neuanträge im Jahr 2011 liegt rund 15 % über dem Wert des Vorjahres und erreicht damit in etwa die Anzahl von 2009. Es hat sich auch gezeigt, dass in den Standardförderungsbereichen die Antragszahlen wieder das Niveau vor der Umstellung des Abwicklungsverfahrens erreicht haben. 2010 war hier ein Rückgang zu verzeichnen, da das Verfahren für einige Förderungsschwerpunkte mit Oktober 2009 auf eine Einreichung nach Umsetzung der Maßnahmen umgestellt wurde.

Neben der Thermischen Gebäudesanierung und Biomasse-Einzelanlagen zählen mittlerweile auch Energiesparmaßnahmen zur Gruppe der häufigsten Neuanträge. Ein Resultat des Ausbaus des Förderungsangebots in diesem Bereich bei gleichzeitiger Standardisierung und Vereinfachung der Antragstellung.

Nachfragesteigernd haben sich sicherlich auch die im Bilanzzeitraum steigenden Kosten für fossile Energieträger ausgewirkt.

Kommissionsarbeitsgruppe für „Innovative Förderungsmodelle für Umwelt- und Klimaschutzprojekte“

Ausgehend von einem Überblick über die verschiedenen nationalen Förderungsinstrumente mit direkten oder mittelbaren Bezügen zum Klima- und Umweltschutz wurden in der Arbeitsgruppensitzung der Kommission in Angelegenheiten der Umweltförderung im In- und Ausland die Kernfragen der Abgrenzung und inhaltlichen Schnittstellen zwischen Förderungsinstrumenten diskutiert. Einvernehmen bestand in der Herausforderung, die Entwicklung von Technologien und Märkten durch ein zielgerichtetes und lückenloses Förderungsangebot zu unterstützen. Als gelungenes Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit von verschiedenen Förderungsinstrumenten wurde dabei die Kooperation der Umweltförderung im Inland mit den Forschungsprogrammen „nachhaltig wirtschaften“ des BMVIT genannt.

In diesem Zusammenhang wurden auch Vorschläge zur Entwicklung eines Förderungsangebots für Gemeinden bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Gemeindegebäuden oder bei der öffentlichen Beleuchtung besprochen.

Weiters wurde in der Arbeitsgruppe ein Vorschlag zur Abänderung des Förderungsschwerpunktes für fossile Kraft-Wärme-Kopplungen entwickelt, wonach diese Anlagen nur noch im Ausmaß eines bestehenden Wärmebedarfes gefördert werden. Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der 106. Kommissionssitzung angenommen.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Kommissionsarbeitsgruppe zur Sanierungsoffensive 2012

Ziel dieser Arbeitsgruppe der Kommission in Angelegenheiten der Umweltförderung im In- und Ausland war die Effektivität und Qualität der Förderungsaktion 2011 zu evaluieren und eine Weiterentwicklung der Regeln für die Sanierungsoffensive 2012 zu erarbeiten. Auf Grundlage einer Analyse der Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Konjunkturpaket II 2009 sowie der laufenden Aktion 2011 wurden u. a. diskutiert: Inwiefern sich die Sanierungsoffensive des Bundes für private Haushalte und die Wohnbauförderungen der Bundesländer sinnvoll ergänzen, ob und unter welchen Gesichtspunkten es möglich ist, im Bereich der Sanierungsoffensive für Private die Sanierung von Mietwohngebäuden zu forcieren und die Machbarkeit und Sinnhaftigkeit der Einführung eines Kreditmodells.

In Abstimmung mit den beiden für die Sanierungsoffensive zuständigen Ministerien, dem BMLFUW und dem Wirtschaftsministerium, wurde auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse ein Vorschlag zur Gestaltung der Sanierungsoffensive für Betriebe und Private erarbeitet und für eine Beschlussfassung im Jänner 2012 vorbereitet.

Neue Förderungsschwerpunkte im Bereich Energiesparen

Entsprechend der Zielsetzung in der Österreichischen Energiestrategie 2020, den jährlichen Austausch von konventionellen Beleuchtungssystemen auf energieeffiziente Systeme von 3 bis 5 % auf 6 bis 10 % pro Jahr zu verdoppeln, hat die Kommission Förderungsaktionen zur Beleuchtungsumstellung auf LED-Systeme sowie zur Umstellung auf energieeffiziente Antriebe beschlossen.

Um einen Anreiz für die frühzeitige Anpassung von bestehenden Biomasse-Feuerungsanlagen an die ab 2018 bzw. 2020 geltenden Emissionsgrenzwerte gemäß Novelle zur Feuerungsanlagenverordnung (FAV) zu schaffen, wurden ergänzende Bestimmungen festgelegt, die eine Förderung für die Anpassung und Modernisierung von bestehenden Kesselanlagen in Biomasse-Nahwärmesystemen vorsehen.

Experten/innentag Umweltförderungen

2011 wurde von der KPC zum zweiten Mal der Experten/innentag Umweltförderungen veranstaltet. Insgesamt haben über 120 Personen von Förderungsstellen, Banken, Beratungsunternehmen und Planungsbüros daran teilgenommen.

Neben den Fachvorträgen der KPC zu den Themen Förderungsabwicklung und Mittelauszahlung sowie zu Schwerpunkten der unterschiedlichen Förderungsbereiche hatten die Teilnehmer/innen auch die Möglichkeit, sich mit den Experten/innen der KPC persönlich auszutauschen. Aufgrund des großen Interesses und der positiven Rückmeldungen wird der Experten/innentag auch im Jahr 2012 wieder von der KPC organisiert.

Projekte zur Optimierung des Online-Service für die Umweltförderung im Inland

Auf Basis der positiven Erfahrungen mit Online-Einreichungen, wurde 2011 von der KPC die Umstellung auf eine vollständig elektronische Einreichung für die betriebliche Umweltförderung vorbereitet. Diese Umstellung ermöglicht eine bessere Begleitung und Führung der Antragsteller/innen durch das Formular und in der Folge eine noch raschere und effizientere Bearbeitung der Projekte.

Die Online-Formulare sind hinsichtlich der notwendigen technischen Daten jeweils spezifisch auf den Förderungsbereich abgestimmt. Hilfetexte und Hintergrundinformationen erleichtern das Ausfüllen des Antrags. Ergänzende Unterlagen können direkt hochgeladen werden.

Die elektronischen Formulare finden die Förderungswerber/innen auf der Homepage www.umweltfoerderung.at unter dem jeweiligen Förderungsbereich. Hier können auch projektspezifische Förderungsbedingungen in den neugestalteten Informationsblättern nachgelesen werden. Darüber hinaus wurden wichtige Hintergrundinformationen zum Förderungssystem und zur -bearbeitung zu den Themen Zielgruppen, rechtlicher Rahmen, Förderungsberechnung und Endabrechnung kompakt und übersichtlich zusammengefasst.

Neu strukturiert wurden auch die einzelnen Förderungsbereiche, um den Antragstellern/innen eine leichtere Orientierung zu ermöglichen. Einzelne Förderungsschwerpunkte wurden zu Förderungsbereichen zusammengefasst. An den spezifischen Förderungsbedingungen für die einzelnen Technologien hat sich nichts geändert.

Mit 2.1.2012 wurde die Online-Einreichplattform und das neue Informationskonzept erfolgreich gestartet. Die Online-Einreichung ergänzt damit das vorhandene Angebot der KPC zur elektronischen Förderungsabwicklung und zum Informationsaustausch mittels der Plattform www.meinefoerderung.at (siehe dazu auch Seite 11).

3.3.2. Forschungsförderung und Aufträge

Im Jahr 2011 wurden aus Mitteln der Umweltförderung im Inland gemäß § 12 Abs. 8 UFG fünf Verträge mit einem Gesamtvolumen von 4,61 Mio. Euro beauftragt. Darunter das klima:aktiv-Arbeitsprogramm 2011 mit einem Volumen von 4,53 Mio. Euro. Weiters wurden die Kooperationen mit den Regionalprogrammen aller Bundesländer fortgesetzt.

„klima:aktiv“

Das Herzstück der im Jahr 2004 gestarteten Klimaschutzinitiative des BMLFUW sind die „klima:aktiv“-Programme. Sie ergänzen die klassischen Instrumente der Klimastrategie wie Vorschriften und Förderungen und brachten mit technischen Standards, Weiterbildung, Information und Kooperation mit Unternehmen zusätzliche Elemente in Österreichs Klimaschutzpolitik ein. Die Österreichische Energieagentur („Austrian Energy Agency“) ist mit dem Dachmanagement „klima:aktiv“ betraut.

Die aufgrund der Klimaziele notwendige Entwicklung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in Richtung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn möglichst viele Akteure diesen Prozess aktiv mitgestalten und dafür sorgen, dass die Veränderung vor allem auch als Chance und nicht nur als Bedrohung wahrgenommen wird. Dabei ist „klima:aktiv“ ein Impulsgeber für ein Umdenken und schafft den Brückenschlag zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das zentrale Ziel von „klima:aktiv“ ist die Markteinführung und rasche Verbreitung klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

„klima:aktiv“ ist seit 2004 bestrebt, die Marktanteile der erneuerbaren Energieträger zu steigern, den Umbau Österreichs durch umfassende Sanierungen voranzutreiben und die Einführung von Mobilitätsmanagement in Österreich zu forcieren. Viele Betriebe haben mit der Unterstützung von „klima:aktiv“ ihre Produktionsprozesse optimiert. Außerdem leistet „klima:aktiv“ durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen („green skills“) einen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von green jobs und zur Verbreitung der österreichischen Umwelttechnologie.

Die Kooperationen mit den Bundesländern wurden weiter gefestigt und ausgebaut. Wirtschaftspartner sind Multiplikatoren für den Klimaschutz, wie die folgenden Zahlen dokumentieren:

- Rund 78.000 m² im Bereich Wohngebäude und 144.000 m² im Bereich Dienstleistungsgebäude profitierten 2011 von einer „klima:aktiv“-Beratung. Seit 2004 wurden mehr als 2.500 Wohn- und Dienstleistungsgebäude zur optimalen Sanierung beraten. Mehr als 1.700 Dienstleistungsgebäude haben in der Benchmark-Datenbank ihren Energieverbrauch verglichen.
- 2011 wurden allein durch die Energieeffizienzmaßnahmen der 30 Unternehmen, die im Rahmen der jährlichen Veranstaltung ausgezeichnet wurden, 32 GWh Strom und Wärme eingespart. Seit Start sind 155.000 Tonnen jährliche CO₂-Einsparung in Produktionsbetrieben dokumentiert.
- e5-Gemeinden wurden auf ihrem Weg in die Energieautarkie unterstützt. Mittlerweile beteiligen sich sieben Bundesländer am e5-Programm.
- Seit Beginn von „klima:aktiv“ haben bereits über 900 Betriebe durch Mobilitätsmanagementprojekte zur CO₂-Reduktion beigetragen.
- Auf maps.klimaaktiv.at sind die „klima:aktiv“-Profis, die Wirtschaftspartner und die Mobilitätsprojekte auf einer Landkarte abrufbar.
- 300 Unternehmen aus der Baubranche, Technologieanbieter, Bildungsanbieter und andere Multiplikatoren kooperieren auf vertraglicher Basis mit „klima:aktiv“.
- Sechs Großunternehmen sind 2011 „klima:aktiv pakt 2020 partner“ geworden und wollen die 20-20-20 Ziele in eigenen Unternehmen erreichen.
- Durch gemeinsame mit der KPC erfolgte Standardisierungs- und Qualitätssicherungs-Maßnahmen konnte die Förderungseffizienz bei Biomasse-Nahwärmenetzen gesteigert und die Anzahl und Qualität der bei den Förderungsstellen eingereichten Projekte optimiert werden. Durchschnittlich konnte die Effizienz von Biomasse-Heizwerken um 10 % gesteigert werden.

Regionalprogramme

Die Regionalprogramme der Bundesländer beinhalten Beratungsangebote zur Forcierung von Umweltinvestitionen sowie zur breiten Bewusstseinsbildung. Sie stellen eine wichtige Vorstufe zur Umweltförderung im Inland, bei der Identifikation von ökologischen Verbesserungsmaßnahmen in Betrieben dar.

Die Regionalprogramme bieten vor allem spezifische, umweltrelevante Beratungen für Betriebe. Einzelne „klima:aktiv“-Teilprogramme wurden als Module in das Beratungsangebot aufgenommen.

Die Finanzierung erfolgt gemeinsam aus Mitteln des Bundes und der Länder, wobei der Anteil des Bundes maximal ein Drittel der Gesamtkosten bzw. jährlich maximal 300.000 Euro pro Bundesland betragen kann.

Im Jahr 2011 wurden aus Mitteln der Umweltförderung im Inland Programme von allen Bundesländern unterstützt:

- Kärnten: ökofit Kärnten
- Niederösterreich: Ökomanagement NÖ
- Oberösterreich: Betriebliche Umweltoffensive
- Salzburg: Umwelt.Service.Salzburg
- Steiermark: WIN – Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit
- Vorarlberg: IM-PULS3
- Wien: ÖkoBusinessPlan Wien
- Tirol: eco Tirol
- Burgenland: Technologie Offensive Burgenland

Auf Basis einer Neukonzeption der Rahmenprogramme 2010 und nicht zuletzt aus Gründen der erhöhten Transparenz und Darstellbarkeit der Effekte der Beratungsangebote wurde der Genehmigungsprozess der Beratungsförderungen jenen der Investitionsförderungen im Rahmen der Umweltförderung angeglichen. Durch die Zusammenführung der Informationen aus den Beratungsaktivitäten der Regionalprogramme mit jenen aus der Umweltförderung kann die Bedeutung dieses Instruments als Vorstufe der Umweltförderung konkreter dargestellt werden.

Im Jahr 2011 wurden die Beratungsaktivitäten (Einzelberatungen in Betrieben durch geschulte Berater/innen bzw. Workshops) aus dem Jahr 2010 für sieben Bundesländer der Umweltförderungskommission vorgelegt und durch den Umweltminister genehmigt.

Insgesamt 1.580 Beratungstage bzw. abgehaltene Workshops mit Gesamtkosten von rund 4,3 Mio Euro wurden mit rund 1,1 Mio Euro unterstützt. Das durch die Beratungsaktivitäten und die dadurch initiierten Umweltinvestitionen ausgelöste CO₂-Reduktionspotenzial liegt bei ca. 22.200 Tonnen pro Jahr. In Tabelle 20 sind die Beratungsaktivitäten der einzelnen Bundesländer dargestellt.

Beratungsförderungen im Rahmen der Regionalprogramme					
Bundesland	Workshops/Beratungstage	Anzahl	Gesamtkosten in EUR	Beteiligung Umwelt- förderung im Inland in EUR	Geschätztes CO ₂ -Reduktions- potenzial in Tonnen pro Jahr
Kärnten		54	151.731	54.581	34,5
Niederösterreich		139	972.076	203.703	307
Oberösterreich		336	334.810	98.272	3.289
Salzburg		278	811.744	188.798	3.082
Steiermark		202	863.218	150.159	2.746
Vorarlberg		224	476.975	188.980	1.131
Wien		347	665.744	239.637	11.584
Summe		1.580	4.276.297	1.124.130	22.173

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2012

Tabelle 20

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.4. Beispiele geförderter Projekte

3.4.1. Erneuerbare Energie: Bio-Nahwärme Lauterach (Vorarlberg)

Die Bio-Nahwärme Lauterach GmbH & Co KG errichtete eine Biomasseheizzentrale samt Leitungsnetz zur Versorgung der Gemeinde Lauterach im Vorarlberger Rheintal mit Biomasse-Nahwärme. Als Brennstoff gelangen Waldhackgut und Sägenebenprodukte aus regionalen Quellen zum Einsatz.

Für die Wärmeversorgung des Netzes wird zusätzlich industrielle Abwärme der Flatz Verpackung Styropor GmbH genutzt. Das Nahwärmenetz versorgt öffentliche Objekte, Gewerbebetriebe und private Haushalte – insgesamt 57 Abnehmer – mit Wärmeenergie.



Kesselhaus mit Schubrost-Biomassefeuerung sowie Economizer und Mikrogasturbine zur Eigenstromerzeugung

Die Kombination von regionaler Biomasse und industrieller Abwärme im Nahwärmenetz sowie die zusätzliche Einbindung von Abwärme macht das Gesamtsystem ökologisch besonders sinnvoll. Durch die Substitution von Heizöl, Erdgas und Strom lassen sich jährlich insgesamt 2.163 Tonnen CO₂ vermeiden.

3.4.2. Energieeffizienz: Zellstoff Pöls (Steiermark)

Große Schritte in Richtung eines energieautarken Österreich ermöglicht die Nutzung von Abwärme aus Industrieprozessen für Heizzwecke. Ganz im Gegensatz zu Gebäuden, die durch immer bessere Dämmung immer weniger Energie benötigen, wird es in der Industrie immer ein gewisses Maß an überschüssiger Wärme geben, die für eine sinnvolle Nutzung zur Verfügung steht. Ein besonders gelungenes Beispiel für die Nutzung dieses Potenzials bildet die Kooperation des Papierherstellers Zellstoff Pöls mit dem Fernwärmeversorger Bioenergie Aichfeld in der Steiermark.



Wärmerückgewinnung aus Produktionsabwärme

Die Zellstoff Pöls AG ist in der Zellstoff- und Papierherstellung tätig. Die am Betriebsstandort in Pöls an zwei Quellen anfallende Abwärme aus dem Laugeneindampfprozess sowie dem Laugenkessel wird über eine neue Wärmetauscherstation in Warmwasser für die Fernwärme umgewandelt.

Über eine neu errichtete Wärmetransportleitung wird die ausgekoppelte Wärme (rund 96.000 MWh pro Jahr) an das Fernwärmenetz für den Großraum Judenburg, Zeltweg und Fohnsdorf abgegeben, wodurch rund 2,5 Mio. m³ Erdgas und 8,5 Mio. Liter Heizöl substituiert werden. Durch diese Kooperation können rund 15.000 Haushalte mit nachhaltig gewonnener Heizwärme versorgt werden.

3.4.3. Ressourceneffizienz: EVVA Sicherheitstechnologie (Wien)

Die Vorkommen von Metallen sind begrenzt, sie einzusparen macht ökologisch und ökonomisch Sinn. Die EVVA Sicherheitstechnologie GmbH hat dieses Potenzial durch die Entwicklung und den Bau einer automatischen Schleifmaschine genutzt.

Die EVVA fertigt am Standort Wien mechanische und elektronische Schließsysteme. Die dafür erforderlichen Europrofilzylinder werden vom Unternehmen produziert und in Gehäuse aus Messing eingesetzt. Das fertige Produkt ist ein Zylinderschloss.



Bei der Bearbeitung der Rohmessingteile entstehen häufig unerwünschte Rillen und Schürfspuren an den Werkstücken. Sind die Schäden zu groß, um von Hand ausgeschliffen zu werden, müssen diese fast fertigen Werkstücke als Ausschuss entsorgt werden. Zudem gehen 33 % des eingesetzten Messings bei der Verarbeitung zuvor als Späne verloren.

Das Unternehmen hat eine automatische Schleifmaschine entwickelt, durch die die entstehende Ausschussmenge stark reduziert wird. Mittels dieser Maßnahme können rund 14 Tonnen Messing pro Jahr eingespart werden.



2011 im Bereich Altlastensanierung von 34,7 Mio. Euro bei einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 940,959 Mio. Euro (2010: 86,6 %) statt. In der Altlastensanierung unter dem Umweltministerium (Umweltministerium) im Bereich Altlastensanierung von 34,7 Mio. Euro bei einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 940,959 Mio. Euro (2010: 86,6 %) statt.

Altlastensanierung 2011

Bereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Sanierung/Sicherung	7	34.786.495	34.143.973
Forschung	2	940.959	550.087
Summe	9	35.727.454	34.694.060

in EUR
Tabelle 21

In der Altlastenatlas-Verordnung des BMLFUW waren Ende 2011 insgesamt 259 Flächen als Altlasten ausgewiesen, bei denen eine erhebliche Umweltgefährdung festgestellt wurde. Davon sind 116 Altlasten als bereits gesichert oder saniert vermerkt.

1.2. Altlastensanierung 1993 bis 2011

In der Altlastensanierung insgesamt für 194 Altlasten-Projekte Förderungsmittel für Vorleistungen (Studien, Untersuchungen, etc.) im Wert von 13,218.398 Euro und für die eigentliche Sanierung bzw. Sicherungsmaßnahmen genehmigt. Inklusiv Forschungsmittel und Studien sind im Wert von 748,698.866 Euro genehmigt worden. Der durchschnittliche Fördersatz für diesen Zeitraum beträgt 75,9 %.

Förderungsmittel nach Art der Maßnahme im Zeitraum 1993 bis 2011

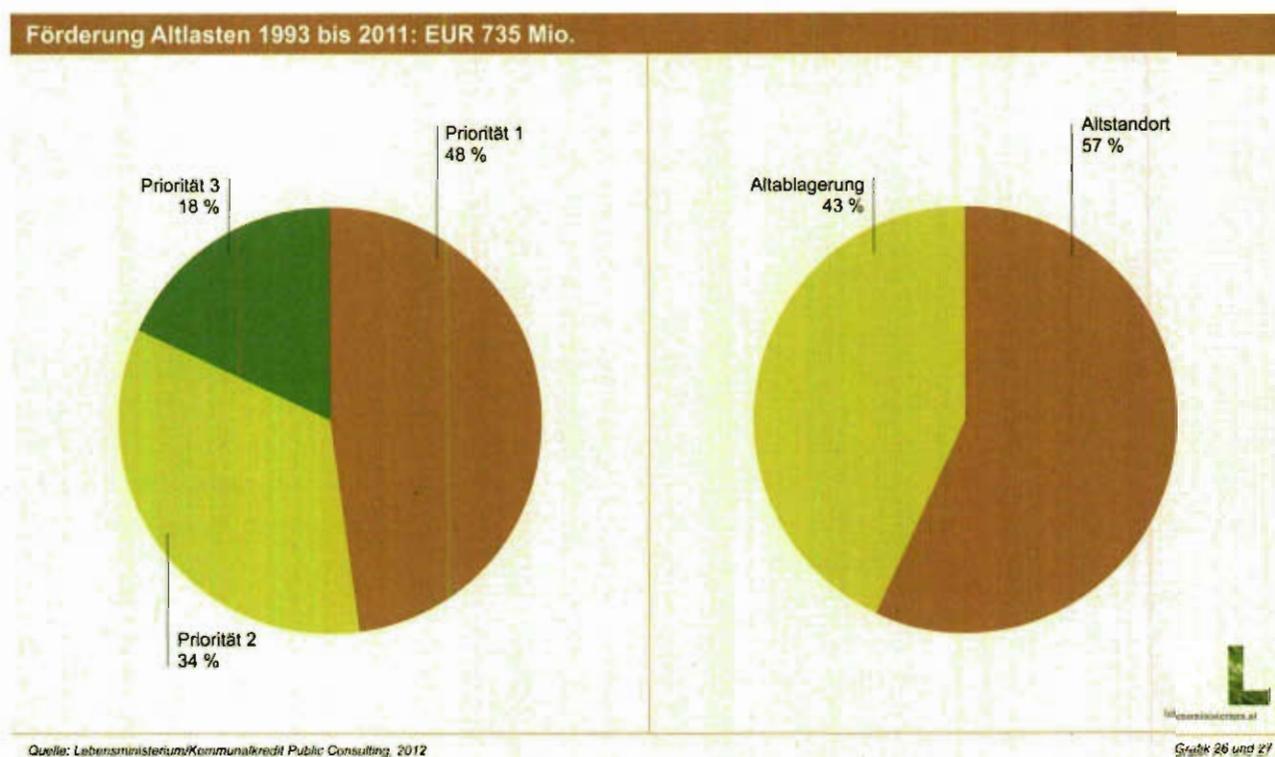
Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
194	969.145.166	735.472.467
31	16.898.538	13.218.398
225	986.043.704	748.698.866

in EUR
Tabelle 22

4.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Wesentliches Kriterium für die Förderungsgewährung ist das festgestellte Gefährdungspotential und die Dringlichkeit der notwendigen Maßnahmen, die sich in den Prioritätenklassen ausdrückt. Diese wird von der Kommission begutachtet und vom Umweltminister festgelegt. Rund die Hälfte der zwischen 1993 und 2011 genehmigten bzw. geförderten Projekte bezieht sich auf die Sanierung oder Sicherung von Altlasten mit der Prioritätenklasse 1 (höchste Gefährdungsstufe für Mensch oder Umwelt, Grafik 26). Die Verteilung der Förderungsmittel auf die Altlastenarten Altablagerung (Deponie) und Altstandort (Betriebsstandort) zeigt ein leichtes Übergewicht der Altstandorte (Grafik 27).

Zuordnung der Förderungsmittel nach Art der Maßnahme zwischen 1993 und 2011



4.1.4. Effekte der im Jahr 2011 genehmigten Projekte

Die im Jahr 2011 genehmigten Projekte umfassen Maßnahmen zur Sanierung oder Sicherung von kontaminierten Flächen bzw. Untergrund- oder Deponiekörper im Gesamtausmaß von rund 225.000 m² bzw. zwei Mio. m³. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Schäden aus der Abfalldeponierung sowie durch Kohlenwasserstoffe (PAK, CKW).

Im Zuge dieser Maßnahmen werden insgesamt rund 100.000 m³ kontaminiertes Material geräumt und einer geordneten Behandlung zugeführt. Zusätzlich wird durch die Entnahme und Reinigung von kontaminiertem Grundwasser im Ausmaß von mehr als 100.000 m³ pro Jahr der Schutz der Trinkwasserreserven weiter ausgebaut.

Darüber hinaus enthalten die genehmigten Projekte die Erfassung und Behandlung von jährlich 1,5 Mio. m³ Deponiegas. Die Reduktion der für den Treibhauseffekt relevanten Deponiegasemissionen ist ein wirksamer Beitrag der Altlastensanierung zum Klimaschutz.

4.2. Schwerpunkte 2011 und aktuelle Entwicklungen

4.2.1. Gutachten zur Grundstückswertsteigerung

Gemäß § 6 Abs. 3 der Förderungsrichtlinien 2008 für die Altlastensanierung oder -sicherung ist jedem Förderungsantrag ein Gutachten eines allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen für Liegenschaftsbewertungen zur geschätzten Wertsteigerung der betroffenen Liegenschaften durch die im Zuge der Sanierung oder Sicherung erfolgten Herstellungs- und Durchführungsmaßnahmen beizuschließen. Ist die geschätzte Wertsteigerung höher als der Eigenanteil des Förderungsnehmers an den Sanierungskosten, so ist gemäß den Förderungsrichtlinien 2008 die Förderung um diese Differenz zu reduzieren.

Zur Gewährleistung einer möglichst weitgehenden Unabhängigkeit des Gutachters vom Förderungswerber hat der Umweltminister auf Empfehlung der Kommission festgelegt, dass der jeweilige Gutachter für die Ermittlung der Wertsteigerung künftig durch die KPC zu nominieren ist.

Auf Basis einer öffentlichen Interessentenerkundung wurde seitens der KPC eine Liste von geeigneten Gutachtern erstellt, die für eine Nominierung zur Verfügung stehen. Für die organisatorische Handhabung der Nominierung im Zuge des Förderungsansuchens wurden entsprechende Regelungen definiert und zur Information der Förderungswerber auf der Homepage der KPC veröffentlicht.

4.2.2. Standardisierung der Variantenuntersuchungen

Gemäß Förderungsrichtlinien 2008 für die Altlastensanierung oder -sicherung ist jedem Förderungsantrag eine Variantenuntersuchung anzuschließen. Diese Untersuchung dient der Ermittlung der ökologisch-ökonomisch besten Maßnahmenvariante zur Sanierung oder Sicherung des Standortes. Die Variantenuntersuchung ist gemäß den Förderungsrichtlinien 2008 auf dem Sanierungsziel aufzubauen. Kernstück der Variantenuntersuchung ist die vergleichende umweltökonomische Bewertung der untersuchten Varianten (inkl. Kostenschätzung), aus der die zur Förderung beantragte Bestvariante ermittelt und begründet wird.

Ausgehend von den Empfehlungen der im Auftrag des BMLFUW erstellten und 2010 in Form einer Umweltbundesamt-Publikation (REP-0159) veröffentlichten Studie „*Umweltökonomische Bewertung von Sanierungsmaßnahmen*“ hat das BMLFUW festgelegt, dass die umweltökonomische Bewertung im Rahmen der Variantenuntersuchungen künftig nach einem einheitlich standardisierten Verfahren auf Basis einer modifizierten Kosten-Wirksamkeits-Analyse (mKWA) durchzuführen ist.

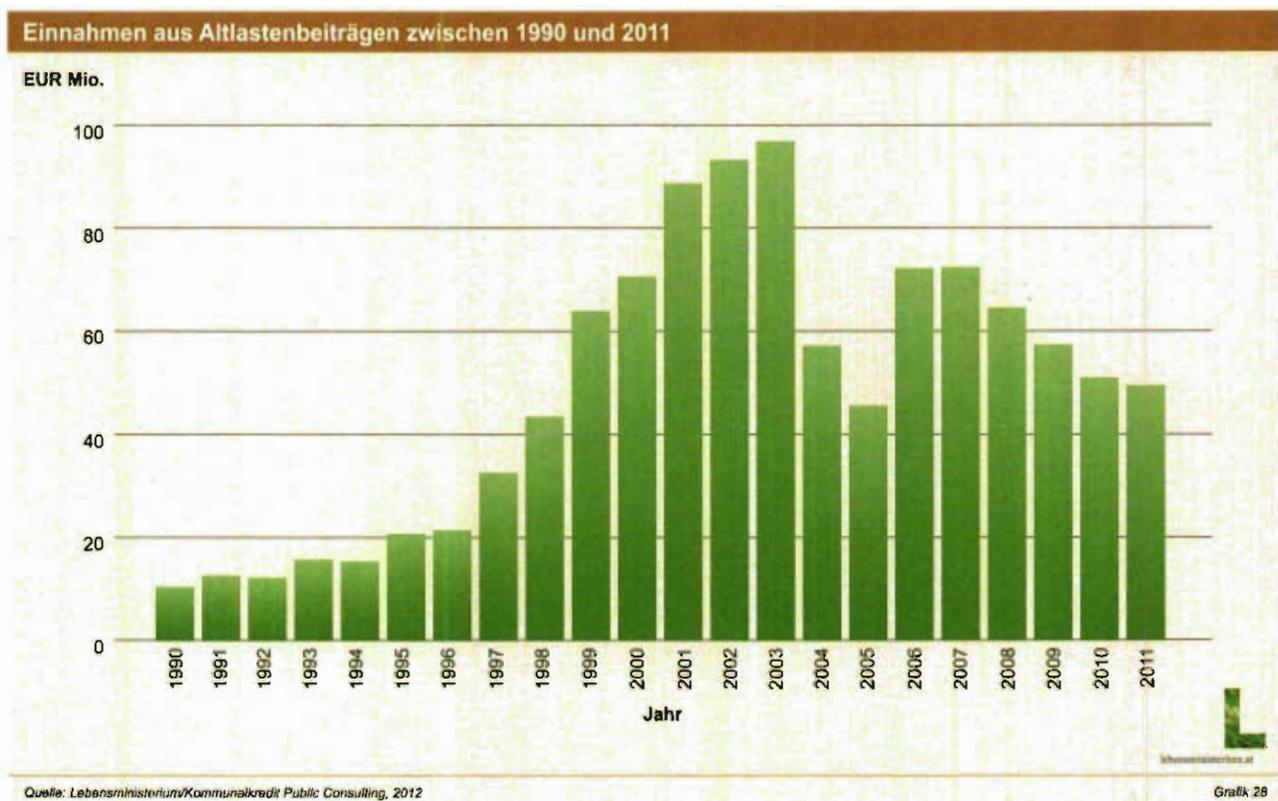
Die mKWA basiert auf einem hierarchisch strukturierten Zielsystem (Entscheidungsziele bzw. -kriterien und Gewichtungen), dessen obere Zielebenen vom BMLFUW festgelegt wurden. Die Erarbeitung des Zielsystems erfolgte unter Einbeziehung von Vertretern/innen aus allen in der Praxis des Altlastenmanagements beteiligten Gruppen (Projektbetreiber/Förderungsnehmer, Planer, Sanierungsunternehmen, Behörden, Verwaltung). Die Oberziele wurden aus einschlägigen Gesetzen und Regelwerken wie z. B. „Leitbild Altlastenmanagement“ (BMLFUW, 2009) abgeleitet. Auf der obersten Ebene wurden drei Ziele festgelegt: Ökologie, Flächenentwicklung und Projektstabilität. Diese Oberziele werden auf weiteren Zielebenen näher spezifiziert, bis sie auf der untersten Ebene durch messbare Zielkriterien beschrieben werden können. Für die unterste Ebene werden charakteristische und maßgebliche Zielkriterien exemplarisch vorgegeben. Grundsätzlich sollen jedoch die Bewertungskriterien und Gewichtungen der unteren Entscheidungsebene durch den Planer im Einzelfall definiert bzw. festgelegt werden.

Die einzelnen Varianten werden anhand dieser Zielkriterien bewertet. Die dabei für die einzelnen Varianten erzielten Bewertungspunkte („Wirksamkeit“) werden den jeweiligen Gesamtkosten der Variante gegenüber gestellt. Daraus wird eine Kosten-Wirksamkeits-Zahl ermittelt, aus der sich eine Reihung der Varianten ergibt.

Für die praktische Durchführung der mKWA wurden entsprechende EDV-Tools mit Anleitungen entwickelt, die auf der Homepage der KPC zur Verfügung stehen und obligatorisch für die Erstellung der Variantenuntersuchungen im Rahmen der Förderungsansuchen zu verwenden sind.

4.2.3. Verfügbare Förderungsmittel (Altlastenbeiträge)

2011 wurden Gesamteinnahmen aus Altlastenbeiträgen (zweckgebundene Bundesabgabe im Wesentlichen auf das Ablagern, Verbrennen und die Verbringung von Abfällen in das Ausland) von rund 49,4 Mio. Euro lukriert. Da die gesetzlich festgelegte Zweckbindung für 2011 von 3,391 Mio. Euro davon bereits in Abzug gebracht wurde, entspricht dies einem Rückgang von rund 3 % gegenüber 2010 (ohne Abzug Gesamteinnahmen von rund 52,8 Mio. Euro). Gemäß Altlastensanierungsgesetz (ALSAG) können diese Altlastenbeiträge zu 85 % als Förderungen Verwendung finden. Grafik 28 zeigt die Einnahmen aus Altlastenbeiträgen auf Basis des ALSAG 1989. Altlastenbeiträge wurden erstmals im Jahr 1990 eingehoben.



Auf Basis der Finanzvorschau wurde der maximale Förderungsbudgetrahmen für das Berichtsjahr 2011 durch das BMLFUW mit 38 Mio. Euro festgelegt. Die Finanzvorschau ist die Gegenüberstellung der Einnahmen aus Altlastenbeiträgen und der Ausgaben für genehmigte Altlasten-Sicherungs- und Sanierungsprojekte, Studien und Forschungsvorhaben sowie für Ersatzvornahmen und Maßnahmen nach § 18 ALSAG im zeitlichen Verlauf.

4 Altlastensanierung

4.2.4. Forschungsförderung und Aufträge

Im Rahmen des Förderungsbudgets zur Altlastensanierung können gemäß § 30 und § 12 Abs. 8 UFG-Mittel für Forschung und Entwicklung sowie für Studien zur Verfügung gestellt werden. Ziel dieser Förderung ist die Entwicklung und Anwendung fortschrittlicher Technologien, die sowohl die entstehenden Emissionen als auch die am Altlastenstandort verbleibenden Restkontaminationen minimieren.

Um in Zukunft eine speziell für den österreichischen Bedarf orientierte Forschung zu forcieren, wurden im Jahr 2009 Forschungsschwerpunkte für die Jahre 2010 bis 2012 festgesetzt.

Diese Schwerpunkte umfassen folgende Themen:

- Nanotechnologie in der Altlastensanierung
- Weiterentwicklung von in-situ-Technologien und deren Kombination, insbesondere chemische in-situ-Technologien

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Weiterentwicklung von in-situ-Technologien“ wurden zwei Projekte eingereicht und vom Umweltminister genehmigt:

HALOCRETE: Adaptierung des Düsenstrahlverfahrens zur Behandlung von CKW-Schäden in der wassergesättigten Bodenzone

Das Ziel des Forschungsprojektes „HALOCRETE“ ist, das für die Hochdruckbodenvermörtelung bekannte Düsenstrahlverfahren (dabei werden kontaminierte Böden verfestigt und die Schadstoffe somit immobil gemacht) so zu adaptieren, dass über die Einbringung von einem Reduktionsmittel in Form von nullwertigem Eisen Altlasten mit chlorierten Kohlenwasserstoffkontaminationen in-situ saniert werden können.

Es soll weiters untersucht werden, ob es zu Entfestigungen des Bodengefüges und somit zu Setzungen bei der Einbringung des Reduktionsmittels kommen kann. In diesem Zusammenhang werden einzelne Zuschlagsstoffe erprobt, die auch auf ihre Wechselwirkung mit dem Reduktionsmittel untersucht werden.

Mit der Anwendung dieses Verfahrens könnten in Zukunft auch schwer zugängliche Schadensherde erfolgreich saniert werden.

BIOSAN: Biostimulation und bepflanzte Bodenfilter zum Abbau von Mineralölkohlenwasserstoffen in Boden und Grundwasser

Das Forschungsprojekt „BIOSAN“ soll die Fragestellung beantworten, unter welchen Bedingungen die Stimulation des biologischen Abbaus von Mineralölkohlenwasserstoffen im Boden (über Nährstoffzugabe und Belüftung) und im Grundwasser (über bepflanzte Bodenfilter) unter Feldbedingungen optimal abläuft.

Dabei soll vor allem das Verständnis für die Einsatzrandbedingungen der untersuchten biologischen Methoden mit Hilfe von abgesicherten Daten aus Pilotanlagen ermittelt werden.

In Bezug auf eine praktische Anwendung sollen insbesondere unter Berücksichtigung des Zeitaspektes die unter realen Bedingungen erzielbaren Abbauraten und Schadstoffendwerte aus den Ergebnissen der Pilotversuche untersucht werden.

4.3. Beispiel eines geförderten Projekts

4.3.1. Altlast: Gerbereideponie Schmidt (Steiermark)

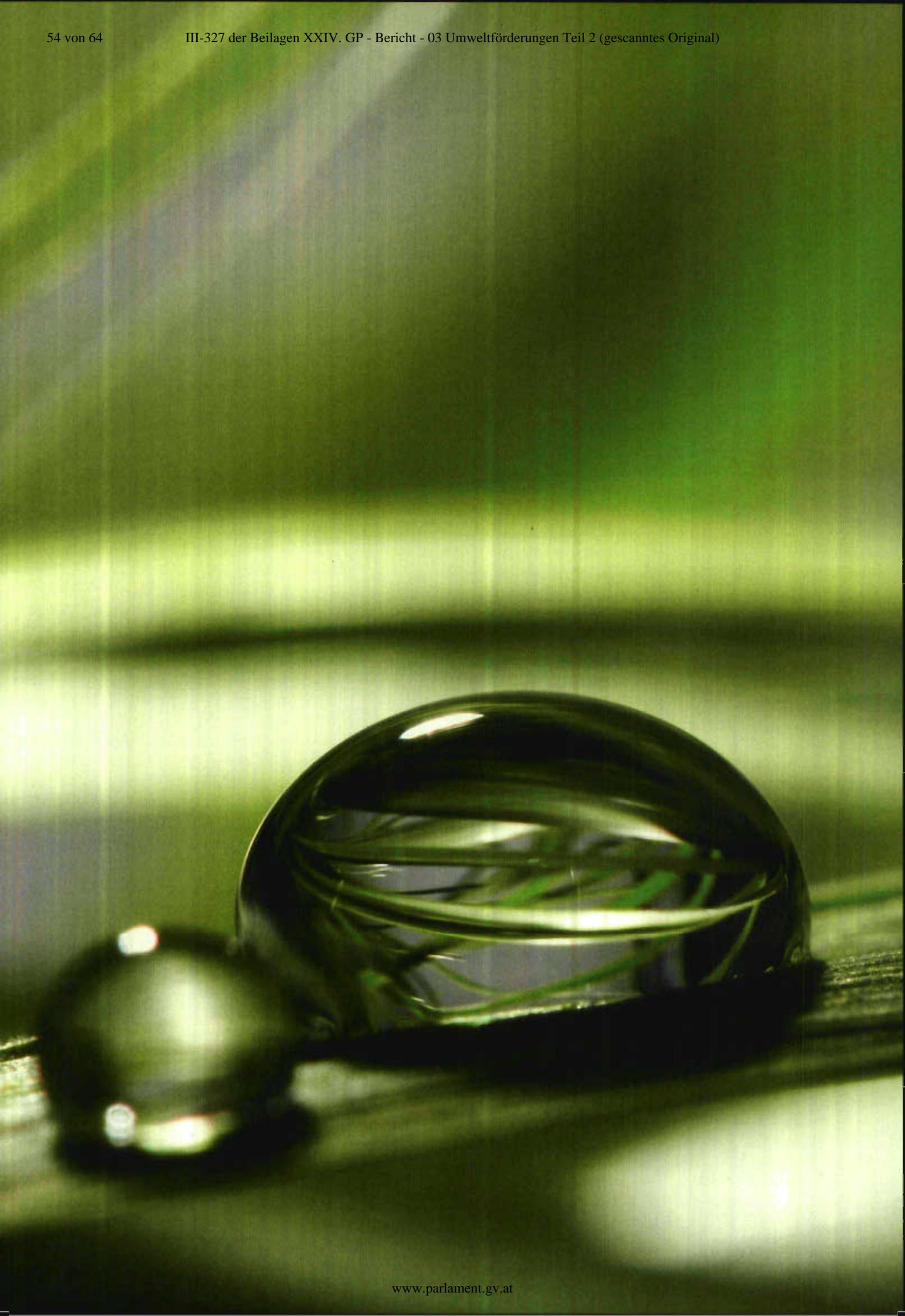
In Weiz wird eine seit den 1970er Jahren bestehende Gerbereideponie nach jahrelangem Ringen saniert. Voraussetzung dafür war das gute Zusammenspiel zwischen Behörde, Förderungsnehmer, Planern und KPC.

Die Altablagerung „Gerbereideponie Schmidt“, eine alte Betriebsdeponie, die mit rund 50.000 m³ Fell- und Fleischresten, Schlämmen, Chemikalien- und Mineralölresten verfüllt ist, befindet sich am Südrand von Weiz. Die mit Priorität 1 eingestufte Altlast (größter Gefährdungsgrad) wird von der DECON Umwelttechnik GmbH, einem Unternehmen der Wollsdorf



Holding Schmidt GmbH, durch Räumung vollständig saniert. Die Abfälle werden nach Voruntersuchungen auf dem Stand der Technik entsprechenden Deponien ordnungsgemäß entsorgt. Gering belastetes Material wird vor Ort belassen, um die Entsorgungskosten möglichst gering zu halten. Jener Teil der Altlast, über den die Weizer Straße führt, wird mittels Verfestigung inertisiert.

Nach rund einem Jahr Bauzeit wurde die erfolgreiche Sanierung über ein Beweissicherungsprogramm nachgewiesen. Sowohl die erhebliche Gefährdung für das Grundwasser als auch für den unmittelbar vorbeiführenden Weizbach wird durch die Umsetzung dieses Projektes nachhaltig abgewendet.



5

UMWELT- UND
WASSERWIRTSCHAFTS-
FONDS



Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Facts & Figures

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die vom Umweltminister vertreten wird. In dieser Funktion bedient sich der Umweltminister der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) zur Wahrnehmung der Geschäftsführung des Fonds. Nach § 51 des Umweltförderungsgesetzes (UFG) ist der Fonds als Träger der Rechte und Pflichten, die im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft nach dem Wasserbauförderungsgesetz (WBFG) und dem Marchfeldkanalgesetz rechtsverbindlich entstanden oder zu entstehen bestimmt worden sind, bestehen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des UWF zeigt im Jahr 2011 einen Überhang der Erträge gegenüber den Aufwendungen in Höhe von 24,1 Mio. Euro, was zu einem Anstieg des Eigenkapitals auf 1.467,7 Mio. Euro führt. Die Bilanzsumme des UWF ist gegenüber dem Vorjahr von 1.916,8 Mio. Euro auf 1.927,6 Mio. Euro leicht gestiegen.

Im Jahr 2011 wurden für Nachlässe gemäß § 18 WBFG an neun Gemeinden 0,6 Mio. Euro ausgezahlt.

Gemäß der UFG-Novelle 2008 kann der Umweltminister in den Jahren 2007 bis 2015 für Zwecke der Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer Förderungen in Höhe von 140 Mio. Euro zusagen (§ 6 Abs. 1). Diese Mittel sind laut § 51 Abs. 5a UFG vom UWF zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2011 wurde die hierfür vorgesehen Rückstellung mit weiteren 20,0 Mio. Euro dotiert. Bis dato wurden Mittel von insgesamt 22,7 Mio. Euro genehmigt und davon bereits 4,0 Mio. Euro ausbezahlt.

5.2. Rechnungsabschluss 2011

5.2.1 Bilanz

Bilanz zum 31. Dezember 2011		in EUR	
	31.12.2011	31.12.2010	PASSIVA
AKTIVA			
A. Umlaufvermögen			A. Kapital
I. Guthaben bei Banken			1. Kapital zu Jahresbeginn
1. Guthaben bei sonstigen Kreditinstituten	2.481,18	2.841,63	1.443.639.693,04
2. Termineinlagen	1.641.494,47	2.263.000,00	2. Kapitalveränderung
	1.643.975,65	2.265.841,63	1.467.741.321,27
II. Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.895.601.597,25	1.886.144.370,19	
III. Sonstige Forderungen	29.740.652,81	27.674.714,18	B. Rückstellungen
			1. Rückstellungen für Forderungsausfälle
			2. Rückstellungen für offene Zusicherungen gemäß § 51 UFG
			3. Rückstellungen für Hochwasser Sondertranche
			4. Rückstellung für Gewässerökologie
			1.032.079,75
			2.693.835,67
			16.882,00
			96.005.295,83
			99.748.093,25
			1.630.635,04
			2.693.835,67
			27.277,00
			78.686.452,45
			83.038.200,16
B. Rechnungsabgrenzungsposten	660.000,00	720.000,00	C. Verbindlichkeiten
			1. Forderung des Bundes gem. § 51 Abs. 5a UFG
			2. Sonstige Schulden
			352.874.073,21
			7.282.737,98
			390.127.032,80
Summe AKTIVA	1.927.646.225,71	1.916.804.926,00	Summe PASSIVA
			1.927.646.225,71
			1.916.804.926,00

Kommunikredit Public Consulting GmbH



DI Christopher Gray



DI Alexandra Amerstorfer

5 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

5.2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011		in EUR	
	2011	2010	
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.532.981,92	-2.566.038,15	
2. Kursveränderungen	-34.611.530,00	-15.568.298,50	
3. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (KESt)	-17.771.561,06	-18.973.568,24	
4. Zuführung zu Rückstellungen und Verbindlichkeiten			
a) Dotierung Rückstellung Gewässerökologie	-20.000.000,00	-20.000.000,00	
Summe Aufwendungen	-75.916.072,98	-57.107.904,89	
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
a) Kursveränderungen	28.931.457,06	11.421.864,54	
b) Bankzinsen	181.198,62	49.103,26	
c) Zinserträge aus Wertpapieren	70.905.045,53	75.845.148,64	
	100.017.701,21	87.316.116,44	
6. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	105,00	
7. Außerordentliche Erträge	0,00	36.813.657,67	
Summe der Erträge	100.017.701,21	124.129.879,11	
8. Vermögensveränderung	24.101.628,23	67.021.974,22	

5.2.3. Erläuterungen zur Bilanz

a) Guthaben bei Banken

Diese Position beinhaltet die Veranlagung kurzfristig zur Verfügung stehender Mittel.

b) Wertpapiere des Umlaufvermögens

Diese Position beinhaltet österreichische Bundesanleihen zu einem Gesamtbuchwert von 1,90 Mrd. Euro.

c) Sonstige Forderungen

In dieser Position werden die Zinsabgrenzungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens ausgewiesen.

d) Rückstellungen für Forderungsausfälle

Diese Position enthält Rückstellungen für Umwandlung gem. § 18 Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG): Für Gemeinden und Verbände, die Ansuchen gemäß § 18 Abs. 1 WBFG gestellt haben, wurden Rückstellungen im Ausmaß von insgesamt 1 Mio. Euro gebildet.

e) Rückstellungen für Zinsdifferenzen bei offenen Zusicherungen gem. § 51 UFG

Diese Rückstellung wurde nach dem Darlehensverkauf teilweise aufgelöst. Sie enthält eine offene Zusicherung an die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft, die mit 2,69 Mio. Euro im Ausmaß von 50 % zurückgestellt wurde. Die Grundlage für diese Dotierung bildet das Marchfeldkanalbundesbeitragsgesetz § 3 Abs. 3 Zi. 2.

f) Rückstellungen für Hochwasser-Sondertranche

Eine Rückstellung in der Höhe von 12 Mio. Euro wurde gemäß Novelle zum Umweltförderungsgesetz (UFG) (§ 6 Abs. 2b und § 51 Abs. 5a) seitens des Fonds für die Förderung von Sanierungsmaßnahmen der Hochwasserschäden im Jahr 2002 gebildet. Bis zum Stichtag 31.12.2011 kamen 11,4 Mio. Euro bereits zur Auszahlung, für die zwei noch offenen Projekte gibt es einen maximalen Mittelbedarf von 16.882 Euro.

g) Rückstellung für Gewässerökologie

Eine Rückstellung in der Höhe von 100 Mio. Euro wurde gemäß Novelle zum Umweltförderungsgesetz (§ 6 Abs. 2e und § 51 Abs. 5a) seitens des Fonds für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Gewässerzustandes gebildet, wovon 4 Mio. Euro bereits ausbezahlt wurden.

h) Forderungen des Bundes gem. § 51 Abs. 5a UFG

Die Position Forderung des Bundes gemäß § 51 Abs. 5a Umweltförderungsgesetz beinhaltet alle noch offenen Auszahlungen für die im Rahmen der Sondertranchen gemäß § 6 Abs. 2a zugesagten Förderungen.

i) Sonstige Schulden

In dieser Position ist die Kapitalertragsteuer (KESt.) für die Zinsabgrenzungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens ausgewiesen.

5.2.4. Bestätigungsvermerk

Als Ergebnis unserer Prüfung der Tätigkeit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH als Abwicklungsstelle gemäß § 11 Abs. 1, § 46 Abs. 1 und § 51 Abs. 2 Umweltförderungsgesetz für den Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 erteilen wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Nach Durchführung unserer pflichtgemäßen Prüfungen bestätigen wir:

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds. Die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Tätigkeit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, insoweit sie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Abwicklungsstelle im Sinne des § 11, § 46 und § 51 Umweltförderungsgesetz tätig ist, liegt vor.

Die Ermittlung des Entgelts für die Abwicklung der Förderungen nach dem Umweltförderungsgesetz erfolgte ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 5 des Vertrages über die Abwicklung der Förderung nach dem Umweltförderungsgesetz. Die Rechnungslegung, sowie die Führung des Treuhandkontos durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, wurde ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 5 sowie des Anhanges E des Vertrages über die Abwicklung der Förderung und sonstigen Aktivitäten nach dem Umweltförderungsgesetz durchgeführt.“

Wien, 28. Februar 2012

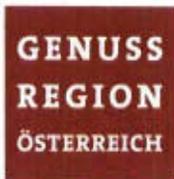
Grant Thornton Unitreu GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Abkürzungsverzeichnis

ABA	Abwasserentsorgungsanlagen
ALSAG	Altlastensanierungsgesetz
BAM	Betriebliche Abwassermaßnahmen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BSB5	Biologischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen
CKW	Chlorkohlenwasserstoff
CO₂	Kohlendioxid
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
EU	Europäische Union
FAV	Feuerungsanlagenverordnung
KPC	Kommunalkredit Public Consulting GmbH
kW	Kilowatt
kWh	Kilowattstunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
kW_{peak}	Kilowatt-Peak
LED	Light-Emitting Diode (Leuchtdiode)
mKWA	modifizierte Kosten-Wirksamkeits-Analyse
MWh	Megawattstunde
NGP	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan
NO_x	Stickoxid
PAK	Polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoff
PEWV	Pauschalisierte Einzelwasserversorgungsanlagen
UFA	Umweltförderung im Ausland
UFG	Umweltförderungsgesetz
UFI	Umweltförderung im Inland
UWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
WBFG	Wasserbautenförderungsgesetz
WIFO	Wirtschaftsforschungsinstitut
WVA	Wasserversorgungsanlagen

Notizen



Die Initiative
GENUSS REGION ÖSTERREICH
hebt gezielt die Bedeutung regio-
naler Spezialitäten hervor.
www.genuss-region.at



Österreichs erstes grünes
Karriereportal für
umweltfreundliche green jobs.
www.green-jobs.at



lebensministerium.at

Informationen zu Landwirtschaft,
Wald, Umwelt, Wasser und
Lebensmittel.
www.lebensministerium.at



Das Österreichische
Umweltzeichen ist Garant für
umweltfreundliche Produkte und
Dienstleistungen.
www.umweltzeichen.at



Das erste Webportal für
nachhaltigen Konsum in
Österreich.
www.bewusstkaufen.at



Das Internetportal der
Österreichischen Nationalparks.
www.nationalparksaustria.at



Die Klimaschutzinitiative
des Lebensministeriums
für aktiven Klimaschutz.
www.klima-aktiv.at



Die Kampagne vielfaltleben trägt
bei, dass Österreich bei der
Artenvielfalt zu den reichsten
Ländern Europas gehört.
www.vielfaltleben.at



Die Jugendplattform zur
Bewusstseinsbildung rund ums
Wasser.
www.generationblue.at



www.mein-fussabdruck.at

Der Ökologische Fußabdruck ist
die einfachste Möglichkeit, die
Zukunftsfähigkeit des eigenen
Lebensstils zu testen. Errechnen
Sie Ihren persönlichen Footprint.
www.mein-fussabdruck.at



lebensministerium.at

- www.parlament.gv.at